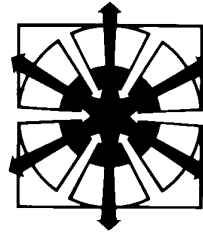


**DGSP**

Deutsche Gesellschaft für  
Soziale Psychiatrie e.V.



Vorstandsbericht der  
**Deutschen Gesellschaft**  
**für Soziale Psychiatrie**

2008 – 2010

## Inhaltsübersicht

<b>Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP</b>	3	<b>Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)</b>	16
■ Einleitung	3	■ DGSP Baden-Württemberg (DGSP-BW)	16
■ Sozialpolitische Schwerpunkte der Verbandsarbeit im geschäftsführenden Vorstand	3	■ Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BayGSP)	17
■ Stellungnahmen der DGSP	4	■ Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BGSP)	17
■ Veranstaltungen und Tagungen der DGSP	4	■ Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BraGSP)	18
■ DGSP intern	5	■ DGSP-Landesverband Bremen	19
■ Finanz-, Geschäftsordnungs- und Satzungsfragen	5	■ Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HGSP)	20
■ Öffentlichkeitsarbeit	6	■ Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (HeGSP)	21
■ Bericht der Schatzmeisterin 2008/2009	6	■ DGSP Niedersachsen (DGSP-N)	21
<b>Bericht der Kassenprüfer</b>	7	■ Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (RGSP)	21
<b>Bericht der DGSP-Geschäftsstelle</b>	7	■ DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz	22
<b>Stiftung für Soziale Psychiatrie</b>	8	■ DGSP Saar	22
<b>Mitgliederrundbrief „Soziale Psychiatrie“</b>	9	■ Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (SGSP)	23
<b>Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)</b>	10	■ Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt	23
■ FA Arbeit und Beschäftigung	10	■ DGSP Schleswig-Holstein (DGSP-SH)	24
■ FA Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)	10	■ Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen	24
■ FA Betreutes Wohnen in Familien/ Familienpflege (BWF)	12	■ Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (WGSP)	25
■ FA Forschung	12		
■ FA Kinder und Jugendliche	13	Die Mitglieder des geschäftsführenden Vorstands sind:	
■ FA Menschen in Heimen	13	<i>Friedrich Walburg, Diplom-Psychologe, Stuttgart</i>	
■ AK Pflege	13	<i>1. Vorsitzender</i>	
■ FA Psychotherapie	15	<i>Annelies Arms, Erzieherin, Scheeßel</i>	
■ FA Sucht	15	<i>1. stellv. Vorsitzende</i>	
		<i>Constantin von Gatterburg, Diplom-Sozialarbeiter, Heppenheim</i>	
		<i>2. stellv. Vorsitzender</i>	
		<i>Christel Achberger, Diplom-Psychologin, Flintbek</i>	
		<i>Schatzmeisterin</i>	
		<i>Bettina Scholtz, Diplom-Psychologin, Riedstadt</i>	
		<i>Schriftführerin</i>	

# Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands der DGSP

## Einleitung

*Liebe Mitglieder!*

Wir haben in der Vorstandsperiode 2008 bis 2010 in neuer Zusammensetzung gearbeitet und den Eindruck gewonnen, dass die Themen zunehmend komplexer und vielfältiger werden. Wir fünf Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes zeichnen verantwortlich für die Ausrichtung und Aktivitäten der DGSP nach außen wie nach innen, und wir können kaum noch die Breite der Arbeits- und Berufsfelder mit unseren eigenen Erfahrungen abdecken.

Wir werden bei unserer Arbeit durch den erweiterten Vorstand unterstützt und besonders durch die Arbeit unserer Geschäftsführer und der gesamten Geschäftsstelle. Ohne diese Zusammenarbeit ist die ehrenamtliche Vorstandsarbeit heute nicht mehr denkbar, da wir alle bei Arbeitgebern gut eingebunden sind.

Wieder können wir voller Respekt und Hochachtung feststellen, wie viele Menschen in der DGSP, in den Landesverbänden und Fachausschüssen fachlich aktiv dem Vorstand zuarbeiten und/oder Stellungnahmen und Grundsatzpapiere erarbeiten.

Dieses Engagement kann in der Alltagsarbeit unserer Gremien nicht immer angemessen gewürdigt werden und muss an dieser Stelle außerordentlich betont werden: Ohne die Kolleginnen und Kollegen ist unsere Vorstandsarbeit undenkbar.

Dieser Bericht über die Vorstandsperiode 2008 bis 2010 stellt wieder in eindrucksvoller Weise die Kreativität, Fachlichkeit und Lebendigkeit unseres Verbandes in den Fachausschüssen, Landesverbänden und im Gesamtvorstand dar. Unsere Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“ ist eine anerkannte Fachzeitschrift im Bereich der Sozialpsychiatrie und damit eine wichtige, unabhängige Impulsgeberin und Mahnerin in der Sozialpsychiatrie.

Die DGSP-„Denkanstöße“ spiegeln unsere fachliche Basis und unsere sozialpsychiatrische Grundhaltung zu vielen Fragen wider und wurden in dieser Vorstandsperiode fortgeschrieben und erweitert.

Weitere Schwerpunkte unserer Vorstandsarbeit sind das „Memorandum der DGSP zu Anwendung von Antipsychotika“ und die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Der zweite DGSP-Verbandstag 2009 in Berlin war innerverbandlich eine weitere Herausforderung. Dort haben wir die Finanzstrukturen und ebenso die Gremienstrukturen der DGSP auf den Prüfstand gestellt. Die DGSP hat sich in einer ersten intensiven Phase auf dem zweiten Verbandstag der UN-Konvention angenommen, und es wurde sehr deutlich, dass diese UN-Konvention weitreichende Konsequenzen für die Sozialpsychiatrie auch in Deutschland haben wird. Wie bereits in der Vergangenheit können wir auch für die zurückliegenden zwei Jahre feststellen, dass jährlich einige mehr Menschen mehr in die DGSP eintreten als austreten (oft aus Altersgründen). Der Mitgliederstand liegt zurzeit bei etwas über 2000.

Auch die Aktion „DGSP ist Mehrwert“ hat eine wichtige Bedeutung, bringt einige Euros zusätzlich ein und zeigt uns die Verbundenheit und Solidarität unserer Mitglieder.

Die ‚Stiftung für Soziale Psychiatrie‘ hat wie alle Stiftungen ein Ertragsproblem durch die weltweite Bankenkrise bzw.

das niedrige Zinsniveau zu verzeichnen. Das Stiftungskapital hat jedoch einen erheblichen Zuwachs beim Stammkapital erfahren, sodass die Stiftung im Jahr 2011 wieder besser agieren kann und vermehrt an die Öffentlichkeit treten wird.

Die TUWAS-Aktionen unserer kleinen Aktivistengruppe haben auf den DGSP-Jahrestagungen in Leipzig 2008 und Hamburg 2009 wichtige Akzente gesetzt und sich als eine neue, innovative Form innerverbandlicher Öffentlichkeitsarbeit bewährt.

Neben ihren fachpolitischen und sozialpolitischen Aktivitäten hat die DGSP einen festen Platz in der Gruppe der Psychiatriefachverbände, wo sie Diskussionen und Entwicklungen mitgestaltet und ihre Themen einbringt.

Unsere Aus-, Fort- und Weiterbildungen erfahren einen hohen Zuspruch und werden rege nachgefragt. Sie haben einen wichtigen Platz im Kanon der Fach- und Fortbildungsverbände.

Wenn wir auf die sozialpsychiatrische Szene schauen, können wir mit Stolz und Respekt feststellen, dass die DGSP auch nach 40 Jahren ein sehr lebendiger, kritischer und diskursfreudiger Verband ist, der sich in der Öffentlichkeit zwar eher bescheiden verkauft, aber viele zukunftsweisende Ideen und Aktivitäten entwickelt.

Also auf ein Neues und weiter so ...

*Friedrich Walburg*

*Vorstandssprecher der DGSP*

## Sozialpolitische Schwerpunkte der Verbandsarbeit im geschäftsführenden Vorstand

Folgende Themen waren Schwerpunkte unserer Vorstandsarbeit:

- UN-Behindertenrechtskonvention
- Umgang mit Psychopharmaka
- Entwicklungen im Bereich der Krankenhausfinanzierung
- Integrierte Versorgung
- Fortschreibung der „Denkanstöße“

### UN-Behindertenrechtskonvention

Die im März 2009 in Kraft getretene UN-Behindertenrechtskonvention ist unbestritten ein epochales Werk für die Rechte behinderter Menschen. Die darin geforderte Gleichstellung aller Menschen und die daraus resultierenden Forderungen, dass behinderte Menschen ebenso wie alle anderen von ihren Rechten Gebrauch machen können, stellt hohe Anforderungen an unsere Gesellschaft. Die Konvention setzt wichtige Impulse in der Auseinandersetzung mit dem Thema Behinderung. Die Forderung nach Inklusion behinderter Menschen, das Recht auf selbstbestimmte Lebensführung, die gleiche Anerkennung vor dem Recht, die Freiheit, eigene Entscheidungen zu treffen und die erforderlichen Unterstützungen zur Ausübung dieser Rechte zu bekommen, fordert eine Veränderung in den bestehenden Strukturen heraus. Wir haben und werden uns auch weiterhin mit der Umsetzung dieses Gesetzes beschäftigen und dessen Auswirkungen auf die unterschiedlichen psychosozialen Arbeitsfelder kritisch begleiten.

### Umgang mit Psychopharmaka

In mehreren Veranstaltungen hat die DGSP sich des Themas „Psychopharmaka-Behandlung“ angenommen. Die medikamentöse Behandlung psychischer Erkrankungen mit ihrem Nutzen, vor allem aber auch mit ihren Risiken ist

breit diskutiert worden. Das „Memorandum der DGSP zur Anwendung von Antipsychotika“ ist ein Resultat dieser Auseinandersetzung. Wir haben sowohl positive Reaktionen als auch negative Kritik hierzu bekommen. Dies zeigt, dass dieses Thema längst nicht umfassend bearbeitet ist. Vor allem der Off-Label-Gebrauch von Psychopharmaka bei Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen bleibt unser Thema.

### **Entwicklungen im Bereich der Krankenhausfinanzierung**

Mit der Neuregelung der Krankenhausfinanzierung nach dem Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) und den Auswirkungen beschäftigt sich intensiv eine DGSP-interne Arbeitsgruppe. Problematisch ist, dass die Grundlage der neuen Finanzierung, die gesetzlich vorgeschriebene Umsetzung der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV), in vielen Krankenhäusern nicht erfüllt ist. Die Verschlüsselung der psychiatrischen Leistungen (OPS) in 25-Minuten-Einheiten bildet die Versorgung Schwerstkranker nicht ab. Die DGSP plant ein Memorandum zu dem Thema, in dem die Möglichkeiten des KHRG für eine bedürfnisangepasste, integrierte Versorgungsstruktur ambulanter, teil- und vollstationärer Leistungen im Gemeindepsychiatrischen Verbund aufgezeigt werden.

### **Integrierte Versorgung**

Die unterschiedlichen Modelle von integrierter Versorgung in Deutschland haben uns ausführlich beschäftigt. Sie eröffnen eine Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen im Gesundheitswesen. Die Modelle bieten Komplexleistungen, sichern die Übergänge zwischen stationär, teilstationär und ambulant, ermöglichen Hometreatment, eröffnen Alternativen zu klinischer Versorgung und setzen Angebote der Soziotherapie sowie der psychiatrischen Krankenpflege um. Doch sie liefern auch reichlich Stoff für kritische Auseinandersetzung. Völlig unterschiedliche Verträge der einzelnen Krankenkassen, umstrittene Managementgesellschaften und undurchsichtige Finanzierungsmodelle haben uns zu einer kritischen Stellungnahme gegenüber dieser Form von Krankenhausversorgung bewegen. Und bei allem bleibt die Frage: Was passiert mit den schwer chronisch erkrankten Menschen, und wie finden sie sich in diesem Dschungel zurecht?

### **Stellungnahmen der DGSP**

Folgende Stellungnahmen wurden abgegeben bzw. mitgetragen:

- Stellungnahme des Arbeitskreises Pflege zur Betreuung Demenzkranker durch Langzeitarbeitslose (30. Sept. 2008), in der auf die Notwendigkeit qualitativ hoher Pflege für jeden Menschen hingewiesen wird. Fünf Forderungen für eine qualifizierte Pflege werden gestellt, u.a. bezüglich ganzheitlicher Pflege, Beziehungspflege, Fort- und Weiterbildung.
- Stellungnahme des Arbeitskreises Pflege zum Stand der psychiatrischen Pflege in der psychiatrischen Versorgung (Okt. 2008) unter dem Motto „Pflege ist nicht Mädchen für alles, aber unter dem Dach der Pflege ist alles“.
- Stellungnahme zur Videoüberwachung in psychiatrischen Krankenhäusern (März 2009).
- Stellungnahme zum Vertrag der Psychiatrischen Institutsambulanzen (22. Nov. 2009): Es ging um Einschränkungen der Behandlung von Patienten in Tagesstätten,

Wohnheimen und Pflegeheimen sowie dass die Vermeidung stationärer Krankenhausbehandlung nicht mehr als Zugangskriterium gelten sollte. In dem am 1. Juli 2010 verabschiedeten Vertrag für die Institutsambulanzen an Krankenhausabteilungen wurden diese Einschränkungen zurückgenommen. Der Vertrag für die Institutsambulanzen an den Fachkrankenhäusern wurde noch nicht unterzeichnet.

- Brief an Bundesgesundheitsminister Dr. Rösler (7. Jan. 2010) zur Stellung des Instituts für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) und dessen Wichtigkeit bei der Kontrolle einer niedrighschwelligen Überprüfung des Nutzens von Psychopharmaka.
- Brief an die Bundesministerin für Arbeit und Soziales Frau von der Leyen (5. Juli 2010), in dem kritisiert wird, dass der Rechtsanspruch behinderter Menschen auf Rehabilitationsleistungen in eine Ermessensleistung umgewandelt werden soll.

### **Veranstaltungen und Tagungen der DGSP**

- Am 4. Februar 2009 fand unter dem Titel „Arbeit, die dem Menschen nutzt“ in Dortmund eine Tagung der DGSP – initiiert durch den DGSP-Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung – statt. Mit 200 Teilnehmern war diese Veranstaltung gut besucht.
- 26. Februar 2009: „Fluch und Segen von Psychopharmaka – die richtige Balance finden“ – unter diesem Motto tagten ca. 200 Teilnehmer/-innen in Frankfurt am Main. Es war die erste von drei Veranstaltungen rund um das Thema Neuroleptika-Behandlung, die im Jahr 2009 stattfand. Es folgte im März 2009 eine dialogisch besetzte Expertenanhörung zur Anwendung von Neuroleptika in der Psychiatrie. Dazu waren ca. 30 Experten/Expertinnen nach Köln gekommen.
- 15./16. Mai 2009: „Rechte haben – Rechte verwirklichen!“ – diese Tagung wurde von der DGSP gemeinsam mit der Fachhochschule Köln und dem Vormundschaftsgerichtstag (VGT) in Köln durchgeführt. Etwa 250 Interessierte nahmen daran teil.
- Am 27. September 2009 fand in Berlin die dritte Neuroleptika-Tagung dieses Jahres statt. „Richtig eingestellt? Gratwanderung Neuroleptika“ lautete der Titel. Das rege Interesse der 250 Teilnehmer/-innen zeigte, dass das Thema nichts von seiner Brisanz verloren hat. Auf der Tagung wurde auch zum ersten Mal das „Memorandum der DGSP zur Anwendung von Antipsychotika“ vorgestellt.
- 9. Oktober 2009: Fachtag der DGSP zusammen mit dem Kölner Verein für Rehabilitation und dem Landschaftsverband Rheinland (LVR). Unter dem Titel „Wenn die Psyche kündigt“ tagten ca. 200 Teilnehmer/-innen in Köln zur Frage der seelischen Gesundheit von Mitarbeitern.
- 5. bis 7. November 2009: DGSP-Jahrestagung in Hamburg unter dem Motto „Raus aus dem Ghetto – rein ins Leben! Gemeinsam leben im Stadtteil – Vielfalt gestalten“. 300 Besucher/-innen zeigten, dass das Thema Sozialraumorientierung aktuell ein wichtiges Anliegen ist.
- 24. Februar 2010, Kassel: „Zukunft der ambulanten Soziotherapie“. Veranstalter waren die DGSP und andere Verbände des ‚Kontaktgesprächs Psychiatrie‘.
- 17./18. Juni 2010: dritter Fachtag Sucht zum Thema „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare

Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“. Aufgrund der positiven Resonanz, die diese Veranstaltung 2007 in Köln hatte, wurde sie mit dem gleichen Konzept diesmal in Berlin durchgeführt (ca. 200 Teilnehmer).

- 8. bis 10. Juli 2010: „Segel setzen!“ – eine Fachtagung zur Zukunft der Sozialpsychiatrischen Dienste. Die DGSP veranstaltete zusammen mit der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) und anderen Verbänden diese Tagung mit 200 Teilnehmenden.
- 23. Juli 2010, Köln: zweiter Fachtag der Fortbildungsreihe ‚Qualifizierung zur geprüften Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für (psychisch) behinderte Menschen (Q-Fab)‘: „Horizonte erweitern – Wege auf den ersten Arbeitsmarkt“ (ca. 80 Teilnehmende).
- 3./4. September 2010, Berlin: „Verstehen und Gedenken – Psychiatrie im Nationalsozialismus – Lernen mit der Geschichte“. Veranstalter: Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener (BPE), DGSP und Verbände im ‚Kontaktgespräch Psychiatrie‘.
- 4. September 2010, Berlin: Gedenkveranstaltung „Gleichstellung und Entschädigung der Opfer – jetzt!“. Veranstalter war die DGSP in Zusammenarbeit mit dem Aktionskreis ‚T4-Opfer nicht vergessen‘.

## DGSP intern

- Im Berichtszeitraum fanden siebzehn Vorstandssitzungen (davon zwei Klausurtagung) des geschäftsführenden und sieben Sitzungen des erweiterten Vorstands sowie ein weiterer Verbandstag statt.
- Im geschäftsführenden Vorstand wurden die unterschiedlichen Aufgaben verteilt und Schwerpunktthemen festgelegt. Der geschäftsführende Vorstand beschäftigte sich intern mit der Personalsituation in der Geschäftsstelle und der dortigen Arbeitsaufteilung sowie mit der Haushaltslage.
- Die Strukturdebatte der DGSP wurde fortgesetzt. Als Folge wurde die interne Kommunikation verbessert, die Finanzverteilung diskutiert, eine Satzungsänderung vorgeschlagen, an einer Geschäftsordnung gearbeitet sowie die Planung und Durchführung der Sitzungen des erweiterten Vorstands überdacht. Ziel ist, generell Transparenz und Klarheit in der innerverbandlichen Kommunikation auszubauen.
- Anfang 2009 sind die „Denkanstöße“ der DGSP nach ausgiebiger Vorarbeit und Diskussion in den Druck gegangen. Die Resonanz darauf war durchweg positiv. Die „Denkanstöße“ verdeutlichen, wofür die DGSP steht und was uns wichtig ist. Thematisch haben sie uns über die letzten zwei Jahre begleitet und sind in der jetzt vorliegenden zweiten Auflage durch Beiträge zu den Themen Sozialraum, Sucht und Heime erweitert worden.
- Ganz wichtig ist uns die Kooperation mit anderen Verbänden wie dem Dachverband Gemeindepsychiatrie, dem Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener, dem Bundesverband der Angehörigen psychisch Kranker, der Aktion seelische Gesundheit, dem Bundesnetzwerk unabhängiger Beschwerdestellen, der Aktion Psychisch Kranker sowie der DGPPN.
- Im Psychiatrie-Verlag ist die DGSP als Gesellschafter an Entwicklungsdiskussionen und notwendigen Umstrukturierungen beteiligt.

## Finanz-, Geschäftsordnungs- und Satzungsfragen

Auf dem zweiten Verbandstag der DGSP am 24./25. April 2009 in Erkner (bei Berlin) wurde festgelegt, dass die Finanzstruktur der DGSP überprüft werden soll. Nach der erfolgreichen Durchführung der Reform der Beitragsstruktur gab es die folgenden Aspekte, die eine Diskussion des Schlüssels der Finanzverteilung notwendig machten:

- ungleiche Geldausstattung der Landesverbände (je nach Mitgliedern);
- Verwendung des Rücklagenfonds für besondere Aufgaben;
- größere Rücklagen bei einzelnen Landesverbänden;
- Berichterstattung über Aktivitäten und Finanzberichterstattung der Landesverbände an den geschäftsführenden Vorstand;
- Geschäftsordnung Finanzen;
- Klärung der finanziellen Ausstattung von Fachausschüssen/Arbeitskreisen;
- größere Transparenz.

Die Diskussion darüber wurde in verschiedenen Sitzungen des erweiterten und geschäftsführenden Vorstands geführt. Die Landesverbände nahmen zu den diversen Überlegungen Stellung (z.B. einheitlicher Sockelbetrag/Aktivitätsnachschlag), andere lehnten eine Veränderung der aktuellen Handhabungen ab, weil sie dies als einen Eingriff in ihre eigenen satzungsrechtlichen Verfassungen ansahen. Es wurde auch bemängelt, dass es zu einem Mehr an Bürokratie und zu einem Weniger an Eigenständigkeit kommen könne. Eine Probeabstimmung im erweiterten Vorstand am 4./5.12.2009 ergab ein derart uneinheitliches Bild, dass Friedrich Walburg als Vorsitzender der DGSP mit einem Schreiben vom 30.12.2009 an die Landesverbände noch einmal in die Diskussion eingriff. Er nahm zu möglichen Missverständnissen Stellung und bat die Landesverbände um eine Rückmeldung bis Ende Februar 2010.

Nach den Rückmeldungen aus den Landesverbänden stellte der geschäftsführende Vorstand klar, dass er weiterhin eine Überprüfung der Finanzstruktur zum Ziel hat, tatsächliche Veränderungen aber ein weitestgehendes Maß an Konsens in der DGSP benötigen. Aktuell wird es deshalb keine Veränderungen geben, wobei die Thematik auch weiterhin im Blickpunkt des Vorstands sein wird.

## Satzungs- und Geschäftsordnungsfragen

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Finanzen wurde beim Verbandstag auch angeregt, die Beziehungen zwischen geschäftsführendem Vorstand, hauptamtlicher Geschäftsführung, erweitertem Vorstand, Landesverbänden sowie unseren Fachausschüssen und Arbeitskreisen zu Papier zu bringen und zu beschreiben (Geschäftsordnung). Es erging der Auftrag an den geschäftsführenden Vorstand, einen Vorschlag zu erarbeiten. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Der Auftrag wird in der nächsten Amtsperiode des geschäftsführenden Vorstands abzuarbeiten sein. Ein Satzungsänderungsantrag wurde im Vorstand erarbeitet und an alle Mitglieder verschickt. Über ihn wird auf der Mitgliederversammlung am 11. November 2010 abgestimmt. Wesentlicher Punkt hierbei ist die Verlängerung der Vorstandswahlperiode von zwei auf drei Jahre.

## Öffentlichkeitsarbeit

Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit treffen sich zwei- bis dreimal jährlich, um u.a. die TUWAS-Aktionen bzw. den TUWAS-Projektpreis auf den DGSP-Jahrestagungen zu planen und zu koordinieren. Die TUWAS-Aktivitäten haben mittlerweile ihren festen Platz im Rahmen der Jahrestagung. Auf der Jahrestagung in Hamburg erlangte der Filmbericht über das TUWAS-Projekt „Rol-lentausch“ ein sehr hohes Maß an Beachtung. Die Beteiligung am Ideenwettbewerb im Rahmen der TUWAS-Aktion nimmt von Tagung zu Tagung zu.

Daneben befasst sich die Arbeitsgruppe mit der Frage, wie die Inhalte der Verbandsarbeit effektiv in die Fach- und die allgemeine Öffentlichkeit befördert werden können. Der Ansatz der „symbolischen Aktion“ ist hierbei aktuell der favorisierte Weg. Anlässlich der diesjährigen Jahrestagung wurde in der Gruppe die „Aktion Schatzkiste“ entwickelt und umgesetzt.

Für November dieses Jahres haben die Mitglieder der Gruppe eine gemeinsame Fortbildung zum Thema Öffentlichkeitsarbeit geplant, die die Arbeit der Gruppe mit neuen Ideen und Ansätzen bereichern wird.

## Bericht der Schatzmeisterin

Laut § 8 der Satzung der DGSP ist durch die Schatzmeisterin alle zwei Jahre am Ende der Amtszeit des geschäftsführenden Vorstandes ein Rechenschaftsbericht zu erstatten.

Die vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Klaus Reinhard und Hartmut Fuchs haben Berichte über die Jahresabschlüsse 2008 und 2009 vorgelegt und die Ordnungsmäßigkeit der Jahresabschlüsse bestätigt.

Die Buchprüfer kennzeichnen die Finanzlage wie folgt:

■ Die Liquidität ist positiv und konnte verbessert werden.

■ Das Eigenkapital deckt das Anlagevermögen zu 100 Prozent.

■ Die Cashflow-Analyse fällt positiv aus.

Die Erträge setzen sich im Wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen und den Einnahmen im Fortbildungsbereich sowie Zinseinnahmen zusammen.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen ist leicht positiv. Die Fortbildungen werden weiterhin sehr gut nachgefragt. Zurzeit sind im Bereich der Mitgliederzahlen und der Nachfrage nach Fortbildungen keine Risiken, die zu Auswirkungen auf die Erträge führen würden, zu erkennen. Aufgrund der allgemeinen Wirtschaftslage sind die Zinseinnahmen gesunken.

Im Berichtszeitraum wurde die Buchhaltung zeitnah gestaltet, sodass Risiken rechtzeitig erkannt werden können. In den vergangenen Jahren haben sich Jahresüberschüsse ergeben, die den Rückstellungen zugeführt wurden. Durch diese Rückstellungen ist die DGSP auch für schwierige Situationen gut aufgestellt.

Die Geschäftsführung hat im Berichtszeitraum eine umsichtige Haushaltsplanung umgesetzt und ist verantwortungsvoll und sparsam mit den Mitteln des Vereins umgegangen.

Der Vorstand möchte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Geschäftsstelle für die verantwortungsbewusste Arbeit danken.

*Christel Achberger*  
Schatzmeisterin

## Bericht der Kassenprüfer

### Vorliegende Unterlagen

Jahresabschluss 2008 und 2009, Summen-Saldolisten 2008 und 2009 und die betriebswirtschaftlichen Auswertungen bis zum 30.06.2010, alle Konten und alle Originalbelege, zusätzlich Gespräch über die Finanzeinschätzung der letzten beiden Jahre mit Heidemarie Helfrich und Richard Suhre.

### Ergebnis

Es ergibt sich wie bei der letzten Kassenprüfung eine ausgeglichene Bilanz, wobei bei den steigenden Kosten prospektiv im geschäftsführenden Vorstand überlegt werden muss, an welchen Stellen möglicherweise Einsparungen vorgenommen werden können.

Insgesamt sind die Geschäftsstellenmitarbeiter/-innen und der geschäftsführende Vorstand im überprüften Zeitraum verantwortungsvoll und sparsam mit den zur Verfügung stehenden Geldern satzungsgemäß umgegangen.

### Veränderungen und Entwicklungen aus der Sicht der Kassenprüfer

- Die Mitgliederentwicklung hat sich stabilisiert, insgesamt ist eine geringe Steigerung zu verzeichnen.
- Die institutionellen Mitglieder sind weiterhin angestiegen, wobei die Kurzfortbildungsangebote für die Mitarbeiterinnen verstärkt in Anspruch genommen werden.
- Die finanzielle Basis der DGSP setzt sich weiterhin aus den Mitgliedsbeiträgen und aus den Erlösen der Fortbildungen zusammen.
- Bei den Fortbildungsangeboten, die längerfristig andauern wie SPZA, ist die Teilnehmerzahl pro Kurs rückläufig und somit eine generelle Einbuße des Überschusses zu erwarten. Die Kurzfortbildungen verzeichnen hingegen einen weiteren Anstieg und größere Teilnehmerzahl.
- Die allgemeine Kostensteigerung wirkt sich besonders im Bereich der Reisekosten und der Kosten für die Tagungshäuser aus.
- Erträge aus kurzfristigen Zinsanlagen entfallen weitgehend.
- Durch die Zunahme von Tagungen und Verwaltungsaufgaben bzgl. der Kurzfortbildungen mussten Bürotätigkeiten nach außen gelagert werden, wie beispielsweise die Tagungsvorarbeiten an das Berufsbildungszentrum.

Soweit es im Rahmen einer Prüfung durch Stichproben möglich ist, wird hiermit die ordnungsgemäße Verwendung der Vereinsgelder im Sinne der Zielsetzung und Satzung der DGSP bescheinigt.

Die Kassenprüfer stellen fest, dass die finanziellen Ressourcen im Prüfungszeitraum gezielt eingesetzt wurden und sehr sparsam gewirtschaftet worden ist.

Die Kassenprüfer bitten jedoch den geschäftsführenden Vorstand strukturelle Lösungen zur Kompensation zur Kostensteigerung zu überlegen.

Köln, den 06.09.2010

Hilde Schädle-Deiningner  
63071 Offenbach

Karl Ziegler  
83527 Haag

## Bericht der DGSP-Geschäftsstelle

### Aufgaben der DGSP-Geschäftsstelle

In der DGSP-Bundesgeschäftsstelle in Köln werden alle wesentlichen Aktivitäten des Bundesverbandes gebündelt. Zu dem umfassenden Aufgabenspektrum gehören u.a.:

- Information und Koordination zwischen Vorstand, Landesverbänden, Fachausschüssen/Arbeitskreisen;
- Vor- und Nachbereitung von und Teilnahme an den Sitzungen des erweiterten und des geschäftsführenden Vorstands;
- Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen zu psychiatriepolitischen Themen;
- inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von DGSP-Tagungen und deren Durchführung; Zusammenarbeit mit den Vorbereitungsgruppen vor Ort; Programmherstellung; Organisation des Tagungsbüros vor Ort; Finanzierungsplanung und Abrechnung;
- Herausgabe der Mitgliederzeitschrift „Soziale Psychiatrie“, Redaktionsleitung und Herstellung; Koordination mit der ehrenamtlich tätigen Redaktionsgruppe; Vorbereitung und Leitung der Redaktionssitzungen; Anzeigenakquisition; Kontakte zu Verlagen und Zeitschriften; Abverwaltung;
- inhaltliche Planung/Weiterentwicklung und organisatorische Abwicklung zahlreicher DGSP-Fortbildungen, wie z.B.: Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA), Fortbildung Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter, Weiterbildung zur Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (FAB), Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen, DGSP-Kurzfortbildungen (siehe hierzu auch S. 10);
- Mitarbeit im Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung der DGSP;
- Öffentlichkeitsarbeit (Internet, Medien, Broschüren etc.) und Gremienarbeit (DPWV, diverse Arbeitskreise); Info-Tische auf Veranstaltungen;
- Verwaltungsaufgaben/Finanzen: Mitgliederverwaltung Sekretariatsaufgaben; Haushaltsplanung und -abrechnung; Abrechnung sämtlicher Fortbildungen; umfangreicher Informationsdienst durch Posteingang/Postausgang sowie Telefon.

Die DGSP-Geschäftsstelle stellt für viele psychiatrisch tätige, interessierte oder betroffene Menschen einen wichtigen Informationspool dar. Zahlreiche Anfragen erreichen uns täglich telefonisch oder per E-Mail. Das Themenspektrum erstreckt sich u.a. auf Fragen zu den DGSP-Fortbildungsangeboten, zu Konzepten und Versorgungsangeboten, zu Einschätzungen von psychiatriepolitischen Themen (insbesondere seitens der Medien), zu verbandsinternen Themen und Belangen. Auch Beratungsanfragen von hilfe- und ratsuchenden Angehörigen und Psychiatrie-Erfahrenen erreichen uns häufig.

### Personalsituation

In der DGSP-Geschäftsstelle arbeiten zurzeit vier fest angestellte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit, zusätzlich ist eine studentische Hilfskraft im Verwaltungsbereich beschäftigt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind:

- Richard Suhre (Dipl.-Sozialarbeiter) ist Geschäftsführer. Seine Hauptaufgabenbereiche sind u.a. Geschäftsführung, die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung und Durchführung von ca. drei bis vier Tagungen

im Jahr, die Begleitung und Weiterentwicklung der zahlreichen mittel- und langfristigen DGSP-Fortbildungsangebote sowie Koordinations- und Gremienarbeit, Finanzen, Beantwortung eingehender Anfragen u.a.

- Michaela Hoffmann (Dipl.-Sozialarbeiterin/Dipl.-Politologin) ist stellv. Geschäftsführerin. Zu ihrem Aufgabengebiet gehören u.a.: inhaltliche Gestaltung, Redaktionsleitung und Herausgabe der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“; inhaltliche und organisatorische Planung der sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen und Erstellung des Programms; Koordinations- und Gremienarbeit; allgemeine Geschäftsführungsaufgaben.
- Heidemarie Helfrich (Industriekauffrau/Verwaltungskraft) ist verantwortlich für die Mitgliederverwaltung, allgemeiner Verwaltungs- und Sekretariatsaufgaben, Finanzverwaltung, Verwaltung der Kurzfortbildungen.
- Dörthe Bender arbeitet als Verwaltungskraft und ist hauptsächlich für den DGSP-Fortbildungsbereich tätig.
- Deborah Helfrich ist studentische Hilfskraft, tätig im Verwaltungsbereich.

### Sonstiges

Das mittlerweile gut ausgebaute Fortbildungsprogramm benötigt zur qualitativ guten Abwicklung einen hohen Verwaltungsaufwand und bindet somit einen großen Teil des vorhandenen Personals.

Der im April 2009 durchgeführte zweite DGSP-Verbandstag musste konzipiert, organisiert, veranstaltet und nachbereitet werden.

Im Anschluss an den Verbandstag ergab sich eine längere Debatte über die Verteilung der Finanzen zwischen den Landesverbänden und dem Bundesverband.

Die von der DGSP durchgeführte Kampagne zur Anwendung von Neuroleptika verlief mit zwei öffentlichen Tagungen, einem Expertenhearing und der Veröffentlichung des „Memorandums der DGSP zur Anwendung von Antipsychotika“ und der kontinuierlichen Berichterstattung in der „Sozialen Psychiatrie“ sehr erfolgreich.

Die Fortschreibung der DGSP-„Denkanstöße“ erweitert die aktuelle Bestandsaufnahme der psychiatrischen Versorgungssituation um drei weitere Themenkomplexe: Sucht, Sozialraumorientierung und Menschen in Heimen.

Die weiterhin fehlende finanzielle Unterstützung bei der Durchführung von Fachtagungen seitens des Bundes und der Länder stellt auch zukünftig eine besondere Herausforderung dar. Dank der solidarischen Haltung der Referentinnen und Referenten und anderer Beteiligter, die auf ehrenamtlicher Basis mitwirken, sowie der vielfältigen Kooperationen, z.B. mit Hochschulen, ist es bislang gelungen, auch ohne staatliche Unterstützung die Veranstaltungen durchzuführen.

Unser Bemühen geht auch weiterhin in die Richtung, sozial verträgliche Eintrittspreise bei den DGSP-Tagungen zu ermöglichen.

*Für die DGSP-Geschäftsführung:*

*Richard Suhre, Michaela Hoffmann*

## Stiftung für Soziale Psychiatrie

Am 5. Mai 2007, dem Europäischen Tag der Gleichstellung behinderter Menschen, wurde die Stiftung für Soziale Psychiatrie der DGSP gegründet. Dem Stiftungsbeirat gehören aktuell Christiane Tilly, Margret Osterfeld, Annelies Arms, Bettina Scholtz und Friedrich Walburg an. Vorsitzender des Beirats ist Friedrich Walburg. Zur Unterstützung wurde ein erweiterter Stiftungsbeirat berufen, dem folgende Personen angehören: Dr. Thomas Bock, Prof. Dr. Klaus Dörner, Dr. Charlotte Köttgen, Hilde Schädle-Deiningner und Andreas Knuf. Das Gründungskapital der Stiftung betrug 25000 Euro und hat sich zwischenzeitlich durch kleine und große Beiträge vermehrt. 2010 hat der DGSP-Landesverband Niedersachsen dankenswerterweise der Stiftung 20000 Euro zugestiftet. Auch etliche kleine Zustiftungen, z.B. gesammelt anlässlich von Geburtstagsfeiern, vergrößerten das Stiftungsvermögen in dieser Zeit.

Die Stiftung ist eine nichtrechtsfähige Stiftung in der Trägerschaft der Stiftung „Gemeinsam Handeln – Paritätischer Stifterverband in NRW“ mit Sitz in Wuppertal.

Mit einem Flyer, einer Stiftungsmappe, Beiträgen in der Verbandszeitschrift „Soziale Psychiatrie“, Infoständen auf Tagungen und einem eigenen Internetauftritt präsentiert sich die Stiftung.

Die Stiftung verfolgt als Ziel die Förderung der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere die Förderung der sozialpsychiatrisch orientierten Behandlung, Betreuung und gesellschaftlichen Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen und Behinderungen.

Dieses Ziel soll durch eine finanzielle Förderung von Modellprojekten, bürgerschaftlichen Initiativen, Forschungsarbeiten, Veröffentlichungen, Bildungsangeboten, Fachveranstaltungen usw. erreicht werden. Bei der Vergabe der zunächst noch bescheidenen Mittel wird besonders Wert auf Aspekte des „Trialogs“ und der Selbstbestimmung psychisch erkrankter – insbesondere schwerstkranker – Menschen gelegt.

Die Vielzahl von Unterstützungsanträgen in dem zurückliegenden Zeitraum macht den Bedarf in den vorgenannten Bereichen deutlich. Leider mussten diese Anträge wegen des noch zu geringen Gewinns der Stiftung und des Beschlusses, einen Stiftungspreis zweijährlich auszuschreiben, abgelehnt werden.

Am 5. Mai 2009 wurde zum zweiten Mal der „Stiftungspreis der Stiftung für Soziale Psychiatrie“ in Höhe von 500 Euro verliehen. Er wurde im Rahmen einer Feierstunde im Hörsaal Psychiatrie der Universitätsklinik Hamburg-Eppendorf an das Hamburger EX-IN-Netzwerk überreicht. Ein Medienpreis erhielt Frau Alexandra Pohlmeier für ihr Filmprojekt „20 Jahre Trialog“.

Die Kosten der Preisverleihung wurden über einen Förderantrag von der Aktion ‚diegesellschaft.de‘ übernommen.

Im Anschluss an die DGSP-Jahrestagung im November 2009 fand in Hamburg die ordentliche Mitgliederversammlung der Stiftung statt.

Nachdem Gudrun Uebele aus beruflichen Gründen die ehrenamtliche Geschäftsführung der Stiftung nicht mehr wahrnehmen konnte, erklärte sich das langjährige DGSP-Mitglied Christian Nieraese zur Übernahme dieser Aufgabe bereit. Öffentlichkeitsarbeit und Akquise von Zustiftungen und die Organisation der Vergabe des Stiftungspreises stellen die Hauptaufgaben für die Zukunft dar. Ein erster Schritt in dieser Richtung ist die Organisation der Lesung mit Er-



hard Eppler am Samstag, dem 13. November 2010, im ‚Struwwelpetermuseum‘ in Frankfurt (Main). Der überwiegende Teil der Eintrittsgelder kommt der Stiftung zugute.

**Kontakt:**

Stiftung für Soziale Psychiatrie  
DGSP-Geschäftsstelle  
Zeltinger Str. 9  
50969 Köln  
Tel.: (02 21) 51 10 02  
Fax: (02 21) 52 99 03  
E-Mail: [dgsp@netcologne.de](mailto:dgsp@netcologne.de)  
Internet: [www.stiftung-sozialpsychiatrie.de](http://www.stiftung-sozialpsychiatrie.de)

## **„Soziale Psychiatrie“ Mitgliederrundbrief der Deutschen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie**

„Soziale Psychiatrie“ erscheint weiterhin vierteljährlich und ist – auch über die Grenzen der DGSP hinaus – eine beliebte und anerkannte Fachzeitschrift für Sozialpsychiatrie. Neben den DGSP-Mitgliedern, für die der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, gibt es ca. 450 Einzelabonnenten.

Der alterprobten ehrenamtlich arbeitenden Redaktion gehören weiterhin an: Jens Clausen (Münster), Ilse Eichenbrenner (Berlin), Thomas Müller (Leipzig), Josef Schädle (Offenbach), Brigitte Siebrasse (Bielefeld) und Christian Zechert (Bielefeld). Alle sind schon seit mehr als zehn Jahren dabei, einige sogar seit über zwanzig Jahren. Deshalb war es höchste Zeit für Nachwuchs, und so wurde die Redaktion 2007 durch Martin Osinski (Neuruppin) und seit 2008 durch Astrid Delcamp (Berlin) bereichert! Und: „Soziale Psychiatrie“ hat jetzt auch eine Redaktionsassistentin: Margit Weichold, Mitarbeiterin der DGSP-Geschäftsstelle, unterstützt uns seit 2008 beim Schriftverkehr mit Autoren und Verlagen, nimmt an den Redaktionssitzungen teil und schreibt und veröffentlicht eigene Texte.

Für die Redaktionsleitung, Koordination und Herstellung ist Michaela Hoffmann in der DGSP-Geschäftsstelle verantwortlich.

Die Redaktionssitzungen finden viermal jährlich an den unterschiedlichen Wohnorten der Redaktionsmitglieder statt. Dort werden die Themenschwerpunkte geplant, Manuskripte beurteilt und potenzielle Autoren ausfindig gemacht.

Im Zeitraum Januar 2009 bis Oktober 2010 erschien die „Soziale Psychiatrie“ mit folgenden Themenschwerpunkten:

- Aus Erfahrung anders – Experten aus eigener Erfahrung (1/2009)
- Fremdbestimmt? Selbstbestimmt? Alltag und Eigensinn in der Psychiatrie (2/2009)
- Richtig eingestellt? Gratwanderung Neuroleptika (3/2009)
- Querbeet im Herbst: UN-Konvention – Menschenrechte – Inklusion (4/2009)
- Integrierte Versorgung: Des Kaisers neue Kleider? (1/2010)
- Raus aus dem Ghetto ... Gemeinsam leben im Stadtteil (2/2010)
  
- Sommercocktail ... Psychiatriefinanzierung, Multiloog, Rolle der Angehörigen, Neuroleptika-Debatte (3/2010)
- Patient Krankenhaus? Stationäre Psychiatrie auf dem

### Prüfstand (4/2010)

Neben den angefragten Artikeln zu Themenschwerpunkten erreichen uns auch viele Texte unaufgefordert. Auch wenn wir nicht alles veröffentlichen können, freuen wir uns über Beiträge und Leserbriefe. Fotos, Zeichnungen und Bilder sind immer willkommen. Unterstützen können Sie uns auch durch eine Stellenanzeige in der „Sozialen Psychiatrie“. Im Oktober 2010 ist übrigens die 130. Ausgabe der „Sozialen Psychiatrie“ in den Druck gegangen! Zum 40-jährigen DGSP-Jubiläum haben wir für Ausgabe 1/2011 (Nr. 131) eine Überraschung geplant.

Wir bedanken uns bei allen Autorinnen und Autoren und bei unserer interessierten Leserschaft!

### Für die Redaktion:

Michaela Hoffmann  
Zeltinger Str. 9  
50969 Köln  
Tel.: (02 21) 51 10 02  
Fax: (02 21) 52 99 03  
E-Mail: [michaela.hoffmann@dgsp-ev.de](mailto:michaela.hoffmann@dgsp-ev.de)

## **Berichte der DGSP-Fachausschüsse (FA) und -Arbeitskreise (AK)**

### **Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung**

Der Fachausschuss Arbeit und Beschäftigung in der DGSP gründete sich am 20.11.2004 am Rande der DGSP-Jahres-tagung „Irre viel Arbeit“ in Köln; das rege Interesse von 34 Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Gründungsveranstaltung verdeutlichte den hohen Stellenwert eines solchen Ausschusses. Seither trifft sich der Fachausschuss regelmäßig zu zwei bis drei Sitzungen im Jahr. Aktiv beteiligen sich 15 bis 20 Kolleginnen und Kollegen, darunter – erfreulicherweise – auch Psychiatrie-Erfarene. Es besteht auch die Möglichkeit, sich in den aktuellen Verteiler aufnehmen zu lassen und auf diesem Wege Mitglied des Fachausschusses zu werden.

Die Sitzungen finden routierend jeweils in den Institutionen/Einrichtungen der Kollegen und Kolleginnen an einem Samstag von 11 bis ca. 16 Uhr statt. Für Interessierte gibt es die Möglichkeit, bereits Freitag anzureisen und sich die jeweilige Einrichtung anzuschauen. Am Freitagabend wird es beim Abendessen und zwanglosem Austausch gemütlich. Auf Wunsch stellt die Geschäftsstelle der DGSP eine Teilnehmerbescheinigung aus.

In den Sitzungen

- gibt es einen Informations- und Erfahrungsaustausch,
- werden aktuelle Themenkomplexe rund um das Thema Arbeit erörtert,
- werden ggf. politische Forderungen formuliert,
- soll der DGSP-Vorstand bezogen auf die Themen Arbeit und Beschäftigung unterstützt werden,
- sollen praxisnahe Handreichungen, z.B. zur Schaffung von Arbeitsplätzen, erarbeitet werden,
- wird alle zwei Jahre ein Fachtag zum Thema Arbeit organisiert.

In den Jahren 2009 und 2010 hat sich der Fachausschuss in folgenden Einrichtungen getroffen: Integrationsfachdienst in Köln, Elbe-Werkstätten in Hamburg, Berufliches Trainingszentrum (BTZ) in Köln, Kontaktstelle mit Zuverdienst in Schwerte. Am 4. Februar 2009 hat der 1. Fachtag des Fachausschusses mit dem Titel „Arbeit, die dem Menschen nutzt“ in Dortmund stattgefunden.

Inhaltliche Schwerpunkte in 2009/2010 waren:

- die Vor- und Nachbereitung des Fachtages in Dortmund;
- die Erarbeitung und Verabschiedung von „Qualitätskriterien für die Werkstatt für psychisch behinderte Menschen“;
- die Vorstellung des Projektes „Fügelring Router“ und des Konzeptes „Unterstützte Beschäftigung“;
- das Thema „Junge Menschen mit psychischer Erkrankung in der WfbM und in der Gemeindepsychiatrie“; u.a. Vorstellung des Projektes in den Elbe-Werkstätten Hamburg;
- das Thema „Sparmaßnahmen der Bundesregierung und die Befürchtung, dass Rehabilitationsleistungen von Pflicht- in Ermessensleistungen umgewandelt werden“; Formulierung eines offenen Briefes an die Bundestagsabgeordneten;
- Stellungnahme zu den S3-Leitlinien.

Am 11. Februar 2011 findet in Stuttgart der 2. Fachtag des Fachausschusses Arbeit und Beschäftigung statt. Im Sprecherkreis des Fachausschusses arbeiten Kerstin Riemen-schneider, Marc Fesca und Friederike Steier-Mecklenburg.

*Für den FA Arbeit und Beschäftigung:  
Friederike Steier-Mecklenburg*

*Kontakt:*

*Friederike Steier-Mecklenburg (Sprecherin)*

*BTZ Köln*

*Vogelsanger Str. 193*

*50825 Köln*

*Tel.: (02 21) 95 44 00 20*

*E-Mail: fstm@btz-koeln.de*

### **Fachausschuss Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW)**

Die DGSP hält nach wie vor ein breit gefächertes Angebot an sozialpsychiatrischen Fortbildungsmöglichkeiten bereit. Vielzahl und Vielfalt des Angebots bedürfen der Koordination und fachlichen Begleitung. Diese anspruchsvolle und verantwortliche Aufgabe wird durch den erweiterten Ausschuss für Aus-, Fort- und Weiterbildung (AFW) wahrgenommen. Die Treffen der beteiligten Kolleginnen und Kollegen finden zweimal jährlich statt.

In dem Gremium arbeiten Vertreter/-innen der einzelnen DGSP-Fortbildungen mit und repräsentieren so die aktuellen Bildungsschwerpunkte:

- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) regional
- Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) im Bausteinsystem
- Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen
- Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (FAB)
- Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter
- Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern
- Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen

Der AFW hat die Entwicklung einer für alle DGSP-Fortbildungen gültigen Vorgabe der Fortbildungsqualität, die – trotz der inhaltlichen Unterschiede – die Umsetzung der sozialpsychiatrischen Grundhaltung der DGSP in den Fortbildungen garantiert, abgeschlossen. In der Bearbeitung der Frage der Qualität sozialpsychiatrischer Fortbildungen wurde die enorme Komplexität der Psychiatrie deutlich. Als Nächstes wird die Einführung eines Qualitätssicherungssystems für den Fortbildungsbereich der DGSP angestrebt. Daneben stellt der regelmäßige Austausch über Entwicklungsstand und Verlauf der Fortbildungen einen festen Bestandteil der Arbeit dar. Darüber hinaus befasst sich das Gremium mit der Frage, welche Fortbildungsbedarfe der aktuelle Entwicklungsstand der Psychiatrie erfordert bzw. welche Fortbildungsangebote notwendig und geeignet sind, eine Entwicklung der psychiatrischen Landschaft im Sinne einer sozialpsychiatrischen Prägung zu befördern. Die Ergebnisse dieser fachlichen Debatte fließen in die konzeptionelle Weiterentwicklung der Fortbildungen ein. Die Idee der Kooperation mit Hochschulen im Fortbildungsbereich der DGSP ließ sich nicht umsetzen. Der organisatorische Aufwand steht in einem deutlichen Missverhältnis zu den vermuteten Effekten.

Die Themen Sozialraumorientierung und Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-BRK) im Rahmen der DGSP-Fortbildungen wurden diskutiert und in das Themenspektrum der längerfristigen Fortbildungen aufgenommen.

## **Zu den Fortbildungsangeboten im Einzelnen**

### **■ Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) regional**

In den Regionen Hamburg – hier zwei Kurse – und Lüneburg wird die SPZA erfolgreich angeboten und durchgeführt. Im Zeitraum von 2008 bis 2010 haben an den SPZA-Kursen 81 Mitarbeiter/-innen aus dem psychiatrischen und psychosozialen Feld teilgenommen bzw. befinden sich noch in laufenden Kursen. Eine staatliche Anerkennung der SPZA ist nach wie vor nicht durchzusetzen, da wir mit dem von uns gewollten berufsgruppenübergreifenden Ansatz nicht den entsprechenden Regeln der staatlichen Anerkennung entsprechen. Die Kurse enden mit einer Abschlussarbeit, einer Präsentation sowie einem Fachgespräch und führen bei Erfolg zu einem differenzierten Abschlusszertifikat. Die aktuellen Kurse werden geleitet von Marlene Stierl, Emelie Martin-Schur, Gudula Lühle, Hans-Jürgen Nötzel und Jens Görgens.

### **■ Sozialpsychiatrische Zusatzausbildung (SPZA) im Bausteinsystem**

Seit Frühjahr 2005 wird dieses Fortbildungsangebot in Frankfurt a. M. erfolgreich angeboten. Der Kurs gliedert sich in Grund- und Aufbaukurs (Dauer jeweils 18 Monate) und wird in Blockveranstaltungen – mit Unterstützung von Lehrbriefen und Hausarbeiten und durch die Teilnahme an ausgewählten sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen – durchgeführt. Da der Erfolg des ersten Kurses absehbar war, startete die DGSP ab September 2007 mit viel Engagement seitens Hilde Schädle-Deiningner als Kursleiterin einen Folgekurs, der am 28. September 2010 mit dem Abschlusskolloquium inklusive einer ganztägigen Präsentation endete. Im März dieses Jahres startete der dritte Grundkurs der SPZA im Bausteinsystem.

### **■ Leitung und Koordination sozialpsychiatrischer Wohnformen**

Ein dritter Zyklus dieser Fortbildung ist im September 2010 erfolgreich zum Abschluss gekommen. Im Rahmen der Fortbildung wird versucht, Wege aufzuzeigen, wie die Forderung nach einer Veränderung der Heime in die Praxis umgesetzt werden kann. Die Mitarbeiter/-innen werden hier qualifiziert darauf vorbereitet, in ihrer Region Hilfen zu entwickeln und umzusetzen, die dem persönlichen Hilfebedarf der Klienten und Klientinnen im Lebensbereich Wohnen entsprechen.

Die Anforderungen aus der UN-BRK hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts der Wohnsituation werden hier ganz praktisch aufgegriffen. Ein vierter Durchgang dieser Fortbildung soll im Februar 2011 starten. Die Kurse werden von Yvonne Buss und Joachim Speicher mit der Unterstützung von Fremddozenten geleitet. Die Fortbildung wird durch einen Fachbeirat begleitet.

### **■ Fachkraft zur Arbeits- und Berufsförderung in Werkstätten für behinderte Menschen (FAB)**

Diese Fortbildung, die in Kooperation mit dem Beruflichen Trainingszentrum (BTZ) Köln gGmbH in Köln angeboten wird, zielt darauf ab, den Fachkräften in Werkstätten sozialpsychiatrisches Know-how zu vermitteln, damit ihnen eine optimale Förderung psychisch behinderter Menschen im Rahmen der Werkstatt möglich ist. Die Fortbildung bereitet auf einen staatlich geprüften und anerkannten Abschluss vor. Es startet jährlich im November ein neuer Kurs. Außerplanmäßig wird ab Januar 2011 ein zeitlich verändertes

Kursangebot durchgeführt, das überwiegend an Wochenenden stattfindet. Die Teilnehmer werden von Friederike Steier-Mecklenburg, Ulrike Siepelmeyer-Müller, Ingrid Stumpf, Christian Gredig und Kai Wingert als Kursleiter/-innen begleitet. In diesem Jahr fand in Zusammenhang mit der Fortbildung ein zweiter Fachtag statt, der der Frage der Integration psychisch behinderter Menschen auf den ersten Arbeitsmarkt nachging.

Ein Beirat, bestehend aus Expertinnen und Experten aus dem Werkstattbereich, begleitet die Fortbildung.

### **■ Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter**

Diese einjährige Fortbildung wurde bisher in Köln, Lüneburg und Berlin angeboten. Aktuell finden Kurse in München und Lüneburg statt. Für den Lüneburger Kurs kooperieren wir dabei mit der Psychiatrischen Klinik Lüneburg und dem Klinikum Wunstorf.

Die Fortbildung soll Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gemeindepsychiatrischer Versorgungsangebote im Umgang mit und in der Begleitung von psychisch kranken Straftätern befähigen. Mittelfristig soll dies zur verstärkten Aufnahme dieser Menschen in gemeindepsychiatrische Wohnangebote/in die Kommune und so zur Entlastung in den Kliniken des Maßregelvollzugs beitragen. Kursleiter sind Friedhelm Schmidt-Quernheim und Frank Löhr.

### **■ Psychotherapeutische Grundhaltung in sozialpsychiatrischen Arbeitsfeldern**

Im April 2010 endete der Kurs Magdeburg mit 20 Teilnehmern/Teilnehmerinnen erfolgreich. Ein dritter Kurs dieser Fortbildungsreihe startete im Juni dieses Jahres mit 12 Teilnehmern/Teilnehmerinnen in Fulda. Mitglieder des FA Psychotherapie, der auch für das Konzept verantwortlich zeichnet, sind hier als Referentinnen/Referenten tätig, ebenso Angehörige und psychiatrienerfahrene Menschen. Die Kursleitung hat Martin Urban.

### **■ Sozialpsychiatrische Kurzfortbildungen**

Die sozialpsychiatrischen Kurzfortbildungen bieten jährlich ca. 65 Seminare von ein- bis dreitägiger Dauer mit einem breiten sozialpsychiatrischen Themenspektrum bundesweit an 15 verschiedenen Orten an. Die hohe Zahl der Teilnehmenden – im Jahr 2009 845 und in diesem Jahr 915 – bestätigt die Qualität des Programms. Die meisten dieser Fortbildungen bieten wir auf Anfrage auch als Inhouseseminare an.

*Für den AFW:*

*Richard Suhre, Michaela Hoffmann  
DGSP-Geschäftsführung*

*Kontakt:*

*Hiltrud Kruckenberg (Sprecherin)*

*Eystruper Str. 6*

*28325 Bremen*

*Tel.: (04 21) 42 03 13*

*E-Mail: info@hille-kruckenberg.de*

## **Fachausschuss Betreutes Wohnen in Familien/ Familienpflege (BWF)**

Im Fachausschuss BWF treffen sich dreimal jährlich die Regionalbeauftragten aus den Bundesländern zum fachlichen Austausch. Der Fachausschuss ist zwischenzeitlich auf ca. 25 Teilnehmer/-innen angewachsen. Im Gremium sind auch Vertreter aus dem Bereich BWF für Menschen mit geistiger Behinderung vertreten. Das gemeinsam eingerichtete Internetportal [www.bwf-info.de](http://www.bwf-info.de) wird gut angenommen. Fachliche Standards, Dokumentationen der Bundestagungen, bundesländerbezogene Adressen der Träger und auch die Adressen der Regionalbeauftragten stehen hierüber zur Verfügung.

### **„BWF aktuell“ – der Rundbrief für das BWF**

Die Idee des Rundbriefes ist entstanden aus der BWF-Jahrestagung 2008. Der Rundbrief erscheint viermal jährlich und wird an alle BWF-Teams und Kostenträger versandt. Dank der engagierten Redaktionsarbeit von Dr. Jo Becker erscheint so nun regelmäßig ein Rundbrief mit Neuigkeiten und Geschichten aus der vielfältigen Arbeit des BWF. Die Redaktion des „BWF aktuell“ ist erreichbar über: Spix e.V., Kaiserring 16, 46483 Wesel; E-Mail: [j.becker@spix-ev.de](mailto:j.becker@spix-ev.de)

### **Steuerpflicht der Gastfamilien verhindert – Gesetzesbeschluss erfolgreich verabschiedet!**

In der letzten Sitzung des Bundesrats im Jahr 2008 wurde der Gesetzesbeschluss des Bundestags mitgeteilt und der Entwurf des Jahressteuergesetzes 2009 angenommen. Dies bedeutete für unsere Gastfamilien konkret, dass die erforderlichen Änderungen des § 3 Einkommensteuergesetz (EStG) und die erforderliche Aufnahme der Gastfamilien im BWF in den Ausnahmekatalog umgesetzt wurden. Dank der engagierten Interessenvertretung sowohl durch die Mitglieder des Fachausschusses als auch der unterstützenden Verbände und Parteien konnte dieses Ziel der Steuerbefreiung für die Gastfamilien im BWF erreicht werden. An dieser Stelle nochmals einen herzlichen Dank an alle, die unser Anliegen mit unterstützt und vorangetrieben haben.

### **Kriterien zur Beurteilung von Bewerberfamilien**

Ein Kriterienkatalog zur Beurteilung von Bewerberfamilien wurde unter Federführung von Claudia Dondalski nach Befragung von BWF-Teams erstellt. So ist eine ausführliche Arbeitshilfe entstanden, die sowohl für neue Teams im Aufbau als auch für ‚alte Hasen‘ im Alltag herangezogen werden kann.

### **Arbeitsgruppe ‚BWF für Eltern mit Kindern‘**

Die Arbeitsgruppe ‚BWF für Eltern mit Kindern‘ trifft sich zwei- bis dreimal jährlich mit ca. sechs Teilnehmerinnen. Aktuell läuft die Auswertung einer Befragung aller BWF-Teams zur Versorgungssituation von Eltern mit Kind(ern). Die Arbeitsgruppe hat sich zum Ziel gesetzt, Qualitätsstandards für diese spezielle Form des BWF zu erarbeiten und als Orientierungshilfe für Teams, die dieses Angebot noch aufnehmen möchten, zur Verfügung zu stellen. E-Mail-Kontakt: [Monika.Bachmeier@eva-stuttgart.de](mailto:Monika.Bachmeier@eva-stuttgart.de)

### **Weitere Themen**

- Vorbereitung der jährlichen Bundestagung
- Weiterer bundesweiter Ausbau des BWF
- Beratung neuer Teams bzw. Vermittlung von Coaching

- Klärung von Fachfragen
- Fachliche Stellungnahmen gegenüber Leistungsträgern
- Öffentlichkeitsarbeit

*Für den FA Betreutes Wohnen in Familien/Familienpflege:  
Monika Bachmeier*

*Kontakt:  
Reinhold Eisenhut (Sprecher)  
Rommelsbacher Str. 7  
72760 Reutlingen  
Tel.: (0 71 21) 34 53 99-4  
E-Mail: [bwf-rt@vsp-net.de](mailto:bwf-rt@vsp-net.de)*

## **Fachausschuss Forschung**

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit des FA Forschung liegt weiterhin in der Ausschreibung, Organisation und Durchführung des sozialpsychiatrischen Forschungspreises und des Posterpreises. 2008 wurde der sozialpsychiatrische Forschungspreis an die Arbeitsgruppe von Prof. Driesen für eine Arbeit zum Thema „Psychische Störungen bei Männern und Frauen im Strafvollzug“ verliehen, der Posterpreis wurde geteilt und für eine Arbeit zum Thema „Stigma“ und eine Arbeit zum Thema „Soziale Arbeit im Ost-West-Vergleich“ verliehen. Alle nominierten Arbeiten und die Poster wurden im Forschungsforum auf der DGSP-Jahrestagung in Leipzig bei sehr guter Beteiligung und Resonanz vorgestellt und diskutiert. Der sozialpsychiatrische Forschungspreis hat sich inzwischen gut etabliert, über Modifikationen zum Konzept des Posterpreises wird weiter nachgedacht.

Die Vorarbeiten und Planungen zum Aufbau eines sozialpsychiatrischen Doktorandenkolloquiums wurden im Jahr 2009 intensiviert. Das Konzept sieht vor, Promovenden unterschiedlicher Fachrichtungen (soziale Arbeit, Pflege, Psychologie, Medizin, Soziologie etc.) einzubeziehen, die ein Thema aus einem sozialpsychiatrischen Feld bearbeiten. Themenspezifisch werden jeweils einzelne Experten dazu eingeladen. Das Kolloquium soll zweimal jährlich stattfinden. Im Februar 2010 hat ein erstes Treffen mit einer Gruppe von acht Promovenden und mehreren Experten stattgefunden die Resonanz war sehr positiv. Verstärkte Bemühungen werden zukünftig erforderlich sein, um eine Finanzierung des Kolloquiums und damit auch seine dauerhafte Etablierung zu ermöglichen.

Im Berichtszeitraum ist es gelungen, neue Mitglieder für den Fachausschuss Forschung (u.a. auch aus dem Kreis der Fachhochschule) zu gewinnen.

*Für den FA Forschung:  
Karin-Maria Hoffmann*

*Kontakt:  
Dr. Karin-Maria Hoffmann (Sprecherin)  
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie  
Charité (Campus Mitte)  
Charitéplatz 1  
10117 Berlin  
Tel.: (0 30) 4 50 51 70 02  
Fax: (0 30) 4 50 51 79 21  
E-Mail: [karin-maria.hoffmann@charite.de](mailto:karin-maria.hoffmann@charite.de)*

## Fachausschuss Kinder und Jugendliche

Zahlreiche Mitglieder des Fachausschusses Kinder und Jugendliche haben sich aktiv an der Vorbereitung und Durchführung der DGSP-Jahrestagung 2009 mit dem Titel „Raus aus dem Ghetto – rein ins Leben! Gemeinsam leben im Stadtteil – Vielfalt gestalten“ beteiligt.

Im Rahmen der Jahrestagung hat der FA das Forum „Einbeziehung in die Gemeinschaft und Hilfestellung zur unabhängigen Lebensführung“ durchgeführt.

Die Ergebnisse, vor allem die Tendenzen der Medikalisierung sozialer und emotionaler Probleme bei Kindern und Jugendlichen, d.h. der Anstieg an Behandlungen mit Neuroleptika (von 2000 bis 2006 um 400 Prozent) und mit Methylphenidat sowie die Psychiatrisierung auch verhaltensauffälliger Jugendlicher, wurden kritisch beleuchtet.

Das Plädoyer des Fachausschusses geht in Richtung regionaler, sozialraumorientierter, multiprofessionell ausgerichteter Hilfen und Neugestaltung entsprechender Versorgungsstrukturen.

Die Behandlung sozialer und psychoemotionaler Probleme, vorrangig durch Medikamente, geht in eine falsche Richtung. Das hat inzwischen auch der gemeinsame Bundesausschuss (G-BA) der Ärztinnen und Ärzte festgestellt und schärfere Kontrollen gefordert (Pressemitteilung G-BA Nr. 27/2010).

Angesichts wachsender familiärer Armut gibt es Folgeprobleme, denen mit ganzheitlichen Hilfen begegnet werden muss.

Ein Positionspapier zum Thema wird zurzeit noch intern in der DGSP diskutiert.

*Für den FA Kinder und Jugendliche:  
Charlotte Köttgen*

*Kontakt:  
Dr. med. Charlotte Köttgen  
Tornquiststr. 49  
20259 Hamburg  
Fax: (0 40) 4 01 45 39  
E-Mail: chkoettgen@t-online*

## Fachausschuss Menschen in Heimen

Der FA Menschen in Heimen hat seine Arbeitsweise kontinuierlich fortgeführt und regelmäßige Arbeitstreffen organisiert. Insgesamt fanden drei Arbeitstreffen statt: in Köln, Stralsund und Berlin.

Die einzelnen Treffen standen jeweils unter thematischen Schwerpunktthemen:

- Forensische Psychiatrie und Gemeindepsychiatrie (Köln)
- Kooperation ‚Lebenshilfe‘ und FA (Berlin)
- Inklusion als Arbeitsprinzip in Heimen (Berlin)
- Geschlossene Heimunterbringung (Stralsund)
- Hilfen für Menschen mit Doppeldiagnosen Sucht/ Psychiatrie (Stralsund)

Zu jedem der Treffen gewann der FA Referenten/Referentinnen aus den jeweiligen Regionen zu einem der inhaltlichen Schwerpunkte. In Stralsund und Köln waren auch Kontakte zu Einrichtungen/Dienststellen und den dort Mitarbeitenden möglich. Auf diesem Wege erhalten die (zurzeit 16) FA-Mitglieder einen guten Überblick über die bundesdeutsche Vielfalt (nicht nur) der Heimlandschaft. Jedes FA-Mitglied kann so fachlich interessante und zukunftswei-

sende Ideen mit in die eigene Region nehmen und als Multiplikator wirken. Der FA bildet damit ein Netzwerk von Mitarbeitenden sehr unterschiedlicher Dienste, Einrichtungen, das neben den Treffen auch dank eines intensiven Austausches per E-Mail fachliche Früchte trägt.

Die Mitglieder des FA sind in ihren jeweiligen Arbeitsstellen intensiv in verschiedene Projekte eingebunden. Dies verschafft zwar einerseits einen sehr genauen und guten Einblick in ganz unterschiedliche Themenbereiche, der damit verbundene hohe Arbeitsdruck hat aber weiteren Aktivitäten deutliche Grenzen gesetzt.

Dennoch gelang es, für die DGSP-„Denkanstöße“ einen „Denkanstoß“ zum Thema Heim zu erarbeiten. Das mittlerweile fast zehn Jahre alte „Eckpunktepapier“ des FA wird zurzeit überarbeitet und beim nächsten Treffen abschließend diskutiert.

Parallel verfolgten die Mitglieder des FA die unterschiedliche Entwicklung der Länderheimgesetze und deren Konsequenzen für die Einrichtungen und führten auch darüber einen regen Austausch. In einzelnen Bundesländern fanden diese Ergebnisse auch ihren Rückfluß in die jeweilige Bearbeitung von Referentenentwürfen, Stellungnahmen etc.

Im Mittelpunkt steht weiterhin die Frage, wie Unterstützungsleistungen für psychisch erkrankte Menschen mit komplexem und umfangreichem Bedarf zeitgemäß angeboten werden können bzw. wie in unterschiedlichen Bundesländern die Unterstützung organisiert, finanziert und gestaltet wird.

Ergänzt haben sich die schon bekannten Themen der vergangenen Jahre um die Aspekte Inklusion, die Auswirkung der Behindertenrechtskonvention der UN und die Frage der Kooperation mit der Lebenshilfe im Bereich der Gemeinwesenarbeit.

Die Zusammensetzung des FA war erneut Veränderungen unterworfen, da einige langjährige Mitstreiter/-innen aufgrund persönlicher oder beruflicher Veränderungen ihre Mitarbeit beenden mussten. Erfreulicherweise konnten wir in diesem Jahr wieder neue Mitwirkende gewinnen, allerdings sucht der FA vor allem noch aus Baden-Württemberg, Hessen, Bayern und den östlichen Bundesländern Mitwirkende.

*Für den FA Menschen in Heimen:  
Wolfgang Bayer*

*Kontakt:  
Wolfgang Bayer (Sprecher)  
c/o v. Bodelschwingsche Stiftungen Bethel  
Zentrum Süd  
Eckardsheimer Str. 19  
33689 Bielefeld  
Tel.: (05 21) 1 44 24 56  
E-Mail: wolfgang.bayer@bethel.de*

## Arbeitskreis Pflege

Der Arbeitskreis Pflege in der DGSP hat sich auch im genannten Berichtszeitraum regelmäßig getroffen. Die wichtigsten Aspekte und Inhalte im Folgenden.

### Veranstaltung

Im April 2009 haben die Fachhochschule Frankfurt (Main), der Verein zur Förderung der historischen Pflegeforschung e.V.

und der Arbeitskreis Pflege in der DGSP einen Gedenktag zum zehnten Todestag von Hilde Steppe durchgeführt. Es wurden die Themen aufgegriffen, die für Hilde Steppe im Zentrum standen. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war die Krankenpflege im Nationalsozialismus: „Wie sensibel ist die Pflege für schon kleine Anzeichen von Inhumanität und wie offen sind ihre Augen, Ohren und Herzen, sich mit den eigenen Grenzen und Irrtümern zu befassen“ (Hilde Steppe).

### **Fortbildung**

Hilde Schädle-Deiningner und Günter Storck haben in den Jahren 2008 und 2009 drei Fortbildungen „Basiswissen: Psychiatrische Pflege“ von je 90 Stunden in Krankenhäusern angeboten. Das Konzept hat sich gut bewährt und hat gute Akzeptanz.

### **Zusammenarbeit mit anderen Verbänden**

Die Kontakte zur Bundesinitiative Ambulante Psychiatrische Pflege wurde intensiviert und nach Möglichkeiten der Zusammenarbeit gesucht sowie über eine gemeinsame Tagung 2011 oder 2012 nachgedacht und über gemeinsame Arbeitssitzungen.

### **Medikamentendiskussion**

Das Ergebnis der Diskussion Rolle und Forderungen der psychiatrischen Pflege in Bezug auf Medikamente:

#### *Rolle der Pflege bei Verordnung und Vergabe von Medikamenten*

- Pflegerische Mitarbeiter müssen bei der Verordnung von Medikamenten mit einbezogen werden, da Pflegeexperten in der Regel in ihrer Durchführungsverantwortung durch Aushandeln in der Wahl des Medikaments ihre Erfahrungen mit dem Patienten einfließen lassen und den Betroffenen unterstützen können, aber auch durch flankierende Maßnahmen. Pflegende müssen von ihrem beruflichen Auftrag her sich mit Medikamenten und deren Wirkungen und Nebenwirkungen in allen Lebensbereichen auseinandersetzen.
- Professionell Pflegende benötigen umfassende Kenntnisse über die Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten, um die Zielerreichung bei der Vergabe in der individuellen Situation beurteilen zu können.
- Die Pflege hat – nach ausführlicher Information durch den Arzt – die Aufgabe, den Patienten immer wieder im Alltag über Wirkungen und Nebenwirkungen von Medikamenten zu informieren, um sich auch in dieser Hinsicht kritisch mit seiner Krankheit und seiner Behandlung auseinanderzusetzen.
- Professionelle Pflege unterstützt den Patienten im Umgang und bei der Bewältigung von Nebenwirkungen.
- Die Veränderung im Erleben durch die Einnahme von Medikamenten, die auch als fremd wahrgenommen werden können, ist Gegenstand im pflegerischen Gespräch.
- Eine professionelle und langjährige pflegerische Beziehung und Betreuungskontinuität eröffnet die Möglichkeit, dass der Patient Veränderungen auch bei der Medikation zulassen kann und somit weniger Medikamente braucht.
- Befähigung der Betroffenen zum verantwortlichen und selbstbestimmten Umgang mit Psychopharmaka.
- Im Dialog mit behandelnden Ärzten hat Pflege die Aufgabe, die Interessen der Betroffenen zu vertreten, die es selbst nicht in ausreichendem Maße können.

#### *Forderungen der Pflege*

- Der AK Pflege fordert, dass Psychopharmaka grundsätzlich nur von Fachärzten (Psychiatrie und Psychosomatik) verordnet werden und die entsprechende regelmäßige Begleitdiagnostik durchgeführt und finanziert wird.
- Der AK Pflege fordert, dass Pflegeexperten selbst – nach entsprechender beruflicher Erfahrung, Qualifikation und Prüfung – zur Anschlussverordnung (Folgeverordnungen) berechtigt sind. Die Überprüfung der Qualifikation sollte dann in Abständen wiederholt werden.
- Der AK Pflege fordert, dass Medikamente nicht als Regulator für Personalmangel, unzureichende Rahmen- und Finanzierungsbedingungen eingesetzt werden.
- Der AK Pflege fordert, dass Patienten eine qualifizierte und ausreichende Aufklärung über Medikamente durch den Arzt und eine entsprechende Begründung für deren Einnahme erhalten.
- Der AK Pflege fordert, dass nach dem Grundsatz gehandelt wird, dass im Vordergrund psycho- und soziotherapeutische Begleitung stehen und Psychopharmakabehandlung eher begleitend betrachtet wird.
- Der AK Pflege fordert, die Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) in vollem Umfang zu finanzieren, damit – vorhandenen wissenschaftlichen Kenntnissen folgend – eine Milieugestaltung erreicht wird, die die Dosierung der Medikamente beeinflusst.
- Der AK Pflege fordert Psychopharmaka-unabhängige Begleitforschung zu den Themen Beziehungs- und Milieugestaltung und deren Wirkungen und Nebenwirkungen sowie den psychischen Auswirkungen von fehlenden Aufgaben und Beschäftigung.
- Der AK Pflege fordert, dass jeder psychisch erkrankte Mensch das Recht bekommt, zu versuchen, ohne Psychopharmaka auszukommen, und dass er bei diesem Versuch fachlich begleitet wird.
- Der AK Pflege fordert eine größere Vernetzung zwischen stationärer, komplementärer und ambulanter Betreuung (mit personeller Kontinuität), um eine klinisch verordnete Psychopharmakatherapie im außerklinischen Bereich zu überprüfen und gegebenenfalls an das veränderte Milieu anzupassen.
- Der AK Pflege fordert den zügigen Ausbau der Akutbehandlung zu Hause (Hometreatment), da die Rahmenbedingungen wie ruhigeres Milieu, Angehörigenbeteiligung u.a. die zurückhaltende Medikamentengabe unterstützen.

#### **Ausblick**

Für das Jahr 2011 haben wir uns vorgenommen, eine Standortbestimmung zu einigen Aspekten der Gesundheits-, Sozial- und Psychiatriepolitik aus Sicht der Pflege zu verfassen.

#### *Für den AK Pflege:*

*Hilde Schädle-Deiningner*

#### *Kontakt:*

*Hilde Schädle-Deiningner (Sprecherin)*

*Sinnweg 35a*

*63071 Offenbach*

*Tel.: (0 69) 85 14 28*

*E-Mail: Hilde.Schaedle@kgu.de*

## Fachausschuss Psychotherapie

Den FA Psychotherapie gibt es seit 1996. Er besteht derzeit aus einem „harten Kern“ von ca. 12 Mitgliedern und einem größeren Kreis von Interessierten und Sympathisanten, die regelmäßig unsere Protokolle bekommen (diese Möglichkeit besteht grundsätzlich für jedes DGSP-Mitglied!). Wir treffen uns gewöhnlich dreimal jährlich an verschiedenen Orten in Deutschland. Dieses Jahr trafen wir uns im Februar und August jeweils für einen Tag in Köln; im Oktober fand ein zweitägiges Treffen in Meißen statt.

Viel Aufmerksamkeit beansprucht nach wie vor die Planung und Durchführung unseres zweijährigen Fortbildungscurriculums „Psychotherapeutische Grundhaltung in sozial-psychiatrischen Arbeitsfeldern“, das nun schon zweimal stattfand (in Köln und Magdeburg) und nun zum dritten Mal in Fulda gestartet ist. Es hat bei den Teilnehmenden ein sehr positives Echo gefunden. Sieben Mitglieder unseres FA sind dabei als Referenten tätig.

Inhaltlicher Schwerpunkt war über längere Zeit das Thema „Trauma und Psychose“, was uns sehr bereichert hat. Neue Schwerpunkte, z.B. „Prätherapie“ nach G. Prouty oder die Beschäftigung mit neueren Entwicklungen in der Verhaltenstherapie, sind anvisiert.

Psychiatriepolitisch wollen wir uns speziell für die Realisierung des Anspruchs psychotischer Patienten auf eine psychotherapeutische Behandlung engagieren. Dazu haben wir bereits einige Initiativen gestartet. Mit Interesse verfolgen wir die Gründungspläne für einen ‚Dachverband Psychosen-Psychotherapie‘, die von der Charité in Berlin ausgehen und von vielen Verbänden unterstützt werden. Wir haben an den letzten beiden Vorbereitungstreffen mit mehreren Vertretern teilgenommen.

Neue Mitglieder sind in unserem Fachausschuss immer willkommen!

*Für den FA Psychotherapie:  
Martin Urban*

*Kontakt:  
Dr. Ute Merkel (Sprecherin)  
Markt 8  
01662 Meißen  
Tel./Fax: (0 35 21) 40 67 97  
E-Mail: [praxismerkel@t-online.de](mailto:praxismerkel@t-online.de)*

## Fachausschuss Sucht

### Aktuelle Themen und Projekte

Der Fachausschuss hat – nach 2007 in Köln und 2008 in Stuttgart – im Juni 2010 seine dritte Tagung zum Thema „Begegnung mit süchtigen Klienten – eine unvermeidbare Herausforderung zum gemeinsamen Handeln“ durchgeführt (in Erkner bei Berlin).

Die Tagung wurde wieder in enger Kooperation mit dem Vormundschaftsgerichtstag, der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V., dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. und dem Fachverband für soziale Arbeit, Strafrecht und Kriminalpolitik durchgeführt. Das Besondere der diesjährigen Tagung war ein sich am zweiten Tag anschließender Intensivworkshop zur Vermittlung von praktischen Arbeitsstilen und Haltungen gegenüber der Klientel (Motivation Interviewing [MI], Community Reinforcement Approach [CRA], psychiatrische Krankheitsbilder in der Sucht und kontrollierter Suchtmittelgebrauch).

Die Tagung hat erneut deutlich gemacht, wie wichtig ein Austausch zwischen Suchthilfe und angrenzenden Bereichen sozialer/psychiatrischer Arbeit ist und wie sehr nach alltagspraktischen Lösungen gesucht wird. Es wird überlegt, die erfolgreiche Tagung in weiteren Bundesländern in den nächsten Jahren anzubieten.

Angeregt durch die Tagung haben sich neue Interessenten für die Mitarbeit im Fachausschuss gefunden, sodass sich der Ausschuss künftig um vier Kollegen/Kolleginnen erweitern könnte.

Folgende Themen sollen in 2011 durch den FA Sucht aufgegriffen werden:

1. Die Suchtproblematik im Strafvollzug
2. Sucht in geschlossenen Heimen: Abstinenzgebot ja oder nein? Körperliche Verwahrlosung bei erlaubtem Alkoholkonsum als Problem; ethische Maßstäbe bei Verwahrlosung; Gewalt gegenüber Klienten; „Zwangsbeglückung“ – wo endet die Selbstbestimmung?
3. Maßregelvollzug statt Regelbehandlung

Der Fachausschuss hat dem erweiterten Vorstand (EV) der DGSP einen „Denkanstoß Sucht“ vorgelegt, der nach intensiver Diskussion im EV in die neu aufgelegte und erweiterte zweite Fassung der DGSP-„Denkanstöße“ aufgenommen wurde.

*Für den FA Sucht:  
Thomas Bader*

*Kontakt:  
Thomas Bader (Sprecher)  
Drogenhilfe Tübingen e.V.  
Karlstr. 2  
72072 Tübingen  
Tel.: (0 70 71) 79 52 00  
E-Mail: [thomas.bader@bw-lv.de](mailto:thomas.bader@bw-lv.de)*

## Berichte der DGSP-Landesverbände (LV)

### DGSP Baden-Württemberg (DGSP-BW)

Der aktuelle Vorstand der DGSP-BW setzt sich wie folgt zusammen: Monika Bachmeier (Stuttgart), Michael Bratenstein (Stuttgart), Dr. Klaus Obert (Stuttgart), Regina Trautmann (Ravensburg) und Friedrich Walburg (Stuttgart).

Diese Zusammensetzung wurde in einer regulären Vorstandswahl während der Mitgliederversammlung im Juli 2009 bestätigt. Sehr erfreulich ist die Entwicklung der letzten beiden Jahre dahin gehend, dass sich ein verbindlicher und reger „erweiterter Vorstand“ entwickelt hat.

Fünf Kolleginnen und Kollegen aus Stuttgart und Reutlingen unterstützen und bereichern den Vorstand mit ihrer Kompetenz und ihrem Engagement. Die Vorstandssitzungen finden alle zwei Monate halbtags, in der Regel in Stuttgart, statt. Die Arbeit des Vorstands lässt sich durchaus als aktiv, engagiert und erfolgreich bewerten. In Karlsruhe und in Mannheim existieren aktive Regionalgruppen, die sehr eigenständig arbeiten.

#### Aktivitäten

Folgende Aktivitäten wurden in den zurückliegenden zwei Jahren durchgeführt:

- Dezember 2008: Wir erlebten einen interessanten Abend im bis auf den letzten Platz gefüllten Hörsaal des Stuttgarter Hospitalhofs, an dem sowohl Psychiatrie-Erfahrene als auch Profis dem Beitrag von Dr. Volkmar Aderhold zum Thema „Psychopharmaka“ sehr aufmerksam und trotz der späten Stunde sehr wach folgten. Die Idee einer Impulsveranstaltung war gelungen – und die „Neuroleptikadiskussion“ wurde anschließend sicher in vielen Regionen und Gruppierungen fortgeführt.
- 28. März 2009: Beteiligung am zweiten Landespsychiatrietag in Baden-Württemberg zum Thema „Lebensqualität und Menschenwürde – das geht alle an“. Etwa 750 Teilnehmer/-innen haben den zweiten Landespsychiatrietag besucht. Die Veranstaltung wurde in intensiver zweijähriger Vorbereitung geplant und durchgeführt von der LIGA (der freien Wohlfahrtspflege) und den in BW aktiven Verbänden und Vereinen. Mehr Infos zur Veranstaltung im Internet unter [www.landespsychiatrietag.de](http://www.landespsychiatrietag.de)
- Mai 2009: Durchführung der gemeinsam mit der Akademie Bad Boll und den Landesverbänden der Psychiatrie-Erfahrenen, der Angehörigen und der Bürgerhelfer vorbereiteten Tagung „Die Kunst der Teilhabe“.
- Juli 2009: Zum Fachreferat von Andreas Knuf zum Thema „Borderline-Störungen – Herausforderungen für die Sozialpsychiatrie“ kam ein im Vergleich zu unseren sonstigen Veranstaltungen sehr durchmischtes Publikum. In beeindruckender Weise gelang es dem Referenten, in Kürze das Thema konzentriert darzustellen und eine Atmosphäre der Offenheit für anregende und berührende Beiträge zu ermöglichen.
- Oktober 2009: Beteiligung an der „Spur der Erinnerung von Grafeneck ins Innenministerium“ zum Gedenken an die psychisch kranken Opfer, die im Rahmen des „Euthanasie“-programms der Nationalsozialisten ermordet wurden.

#### Planung 2010/2011 (noch nicht abgeschlossen)

- Veranstaltung im Oktober 2010 zum Thema „Sozialpsychiatrische Dienste – im kontrollierten Sichtflug“.
- Frühjahr 2011: Planung eines Fachtags zum Thema „Zwang und Gewalt“.

#### Weitere Aktivitäten des Vorstands

- Mitarbeit und aktive Unterstützung der EX-IN-Initiative in Stuttgart und Baden-Württemberg.
- Beteiligung am Netzwerk Psychiatrie, das nach dem Landespsychiatrietag 2009 entstanden ist und seither regelmäßig tagt.
- Mitarbeit an der Vorbereitung zum Landespsychiatrietag 2011.
- Im September 2009 fand ein Treffen des Vorstands mit Prof. Dr. Schmidt-Michel im Zentrum für Psychiatrie (ZfP) Weissenau statt zur Frage der „Zukunft der stationären psychiatrischen Krankenhausversorgung“.
- Beteiligung von vier Vorstandsmitgliedern am Verbandstag der Bundes-DGSP.
- Regelmäßige Planungs- und Abstimmungsgespräche mit den anderen Psychiatrie-Verbänden in BW (Psychiatrie-Erfahrene, Angehörige, Bürgerhelfer, LIGA).
- Jährliche Treffen von Vertretern des Vorstands mit den Psychiatriereferenten im Sozialministerium BW zu aktuellen sozialpsychiatrischen Themen.

#### Themen, die uns im Vorstand beschäftigt haben bzw. uns weiter beschäftigen werden

- Häusliche Pflege für psychisch kranke Menschen
- EX-IN in BW
- Doppeldiagnosen
- UN-Behindertenrechtskonvention
- Eingliederungshilfe – Pflege
- Psychopharmakadiskussion
- Psychisch kranke Eltern mit Kind
- Hilfeplankonferenzen, Hilfeplanung, Fallmanagement – Trends und Entwicklungen in BW
- Aus- und Aufbau der Gemeindepsychiatrischen Zentren (GPZ) und Gemeindepsychiatrischen Verbände (GPV) in BW und regionale Pflichtversorgung
- Besuchskommissionen in sozialpsychiatrischen Einrichtungen und Diensten
- SpDi-Finanzierung und Weiterentwicklung und Sicherung der ambulanten psychiatrischen Basisversorgung in kommunaler Zuständigkeit
- Zukunft der stationären psychiatrischen Krankenhausversorgung
- Soziotherapie
- Entwicklung der PIAs
- Älter werdende chronisch psychisch Kranke und deren Versorgungssituation

#### Sonstiges

- Regelmäßiger Austausch zwischen Bundesvorstand und Landesvorstand und einzelnen Fachausschüssen, in denen wir vertreten sind.
- Unterstützung von Initiativen und Aktivitäten durch Spenden.

*Für den Vorstand der DGSP-BW:*

*Friedrich Walburg*

*Kontakt:*

*Friedrich Walburg/Monika Bachmeier*

*GPZ Stuttgart-Vaihingen*

*Robert-Koch-Str. 9*

*70563 Stuttgart*

*Tel.: (07 11) 7 35 20 19*

*Fax: (07 11) 7 35 57 92*

*E-Mail: [info@dgsp-bw.de](mailto:info@dgsp-bw.de)*

*Internet: [www.dgsp-bw.de](http://www.dgsp-bw.de)*



## **Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BayGSP)**

Die Periode 2009 bis 2010 brachte und bringt unseren Landesverband zunehmend in einen engeren Austausch und eine engere Zusammenarbeit mit den organisierten Psychiatrie-Erfahrenen.

Im Frühjahr 2009 fand zunächst ein Treffen mit der Ärzteschaft der Psychiatrischen Klinik der Ludwig-Maximilians-Universität München statt. Vorausgegangen war ein kritischer Leserbrief in der „Süddeutschen Zeitung“ in Richtung des Klinikdirektors Professor Dr. Hans-Jürgen Möller. Die Auseinandersetzung mündete in einen positiv verlaufenden fachlichen Austausch, in dem die Klinikleitung der BayGSP die Gelegenheit gab, sich zu präsentieren und ihre Haltung in der psychiatrischen und politischen Arbeit zu skizzieren.

Im April 2009 fand die traditionelle, zweijährlich stattfindende zweitägige Psychiatrietagung in der Evangelischen Akademie Tutzing statt, die die BayGSP bereits seit mehreren Jahren gemeinsam mit der Evangelischen Akademie sowie der Bayerischen Gesellschaft für psychische Gesundheit ausrichtet. Das Thema lautete: „Selbstbestimmung für psychisch Kranke“.

Im Sommer des Jahres erreichte schließlich das Thema EX-IN auch den bayerischen Landesverband. Im November fand hierzu eine Fachtagung statt. Vortragende Gäste waren Jennefer Müller und Jörg Utschakowski. Die Fachtagung wurde von ca. 150 Interessierten besucht und rief nicht nur bei den anwesenden Psychiatrie-Erfahrenen, die ca. 50 Prozent der Teilnehmenden ausmachten, ein positives Echo hervor.

Die ‚EX-IN-Tagung‘ im Bezirk Oberbayern (Mitveranstalter waren die organisierten Psychiatrie-Erfahrenen, die organisierten Angehörigen sowie Trägerverbände) gab den notwendigen Impuls, um Psychiatrie-Erfahrene, Professionelle aus der BayGSP, Angehörige sowie Vertreter/-innen von BASTA an einen ‚Runden Tisch EX-IN‘ zu bringen. Dieser existiert seit Januar 2010 und trifft sich seitdem monatlich, um an der Implementierung von EX-IN in Bayern zu arbeiten. Die BayGSP versteht sich als dialogischer Fachverband und betrachtet es deshalb als ihre Aufgabe, auch in der bayerischen Fachöffentlichkeit den EX-IN-Gedanken zu bewerben. Dies passiert seit Frühjahr 2010 in regionalen PSAGs in (Ober-) Bayern.

Im Juni 2010 war die BayGSP schließlich noch maßgebliche Mitinitiatorin der bundesweiten Psychoseseminar-Jahrestagung „Brücken bauen“ in München.

*Für den Vorstand der BayGSP:  
Thomas Meinhart*

### **Kontakt:**

*Bayerische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (BayGSP)  
Dr. H. Jürgen Groebner  
Josephspitalstr. 7  
80331 München  
Tel.: (0 89) 26 37 47  
E-Mail: [info@baygsp.de](mailto:info@baygsp.de)  
Internet: [www.baygsp.de](http://www.baygsp.de)*

## **Berliner Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BGSP)**

### **Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen**

Der Vorstand der BGSP tagt öffentlich; Termin und Ort sind unserer Webseite [www.bgsp-ev.de](http://www.bgsp-ev.de) zu entnehmen. Gäste – auch Nichtmitglieder – sind immer herzlich willkommen.

In einer Mitgliederversammlung am 28. April 2010 ist ein neuer Vorstand gewählt worden, dem folgende Mitglieder angehören: Regina Berg, Olaf Borck, Martina Dahms, Astrid Delcamp, Carmen Eger, Ilse Eichenbrenner, Holger Kühne, Christian Reumschüssel-Wienert, Gisela Schmidt-Nieße, Beate Willenberg.

Christian Reumschüssel-Wienert vertritt die BGSP im erweiterten Vorstand (EV) unseres Bundesverbands DGSP und nimmt als Landesdelegierter an den Sitzungen des EV teil. Carmen Eger war bis 2008 Mitglied des erweiterten Vorstands.

### **Veranstaltungen**

Unsere Webseite gibt einen Überblick über alle Veranstaltungen und Aktivitäten.

Am 26.3.2007 war die BGSP gemeinsam mit dem Träger Einzelfallhilfe Berlin gGmbH und der Pinel gGmbH Veranstalter eines Fachtags zum Thema „Betreutes Wohnen in Familien“ im Pinellodrom. Diese Tagung sollte den Aufbau entsprechender Angebote in Berlin initiieren; leider ist dies bis heute kaum gelungen.

Am 22.11.2007 wurde im Rahmen einer Fachtagung zum Thema „Hilfen für Kinder kranker Eltern“ im Evangelischen Krankenhaus Königin Elisabeth Herzberge eine Ausstellung mit Zeichnungen von Gabriele Gollwitzer eröffnet: „(Hin-) Sehen und gehört werden“. Diese Ausstellung war von Carmen Eger initiiert und von der BGSP unterstützt worden. Gespräche, Begegnungen und Musik ergänzten die Vernissage.

Viele Aktivitäten der letzten Vorstandsperiode drehten sich um die zunehmende Kritik an der Vergabe von Neuroleptika. Ausgesprochen großes Interesse fand eine Diskussionsveranstaltung am 28.11.2007 im Pinellodrom; aus Sicherheitsgründen musste sogar der Einlass begrenzt werden. Unter der Überschrift „Chance oder Desaster – Neuroleptika in der Diskussion“ führte Dr. Volkmar Aderhold in die Thematik ein und stellte die Ergebnisse von Studien vor, die ihn zu seiner kritischen Haltung geführt haben. Es folgten Kurzstatements von Dr. Jürgen Gallinat, Dr. Marion Lautenschlager, Peter Lehmann, Dr. Gerd Benesch, Dr. Hartmut Schulz und Dr. Ion Anghelescu.

Dieter Lehmkuhl moderierte diese Veranstaltung, die viele Teilnehmer sehr beeindruckte und wegen ihrer lebhaften Diskussion einen deutlichen Akzent setzte.

Diese Veranstaltungsreihe wurde fortgesetzt am 27.2.2008 im Hörsaal der Charité. Zum „Stellenwert der Neuroleptika in der Behandlung der Schizophrenie“ hielt zunächst Herr Dr. Jürgen Gallinat ein Referat; es folgten Kurzstatements von Dr. Volkmar Aderhold, Antje Müller, Dr. Norbert Mönter, Dr. Ingrid Munk und Dr. Iris Hauth. Prof. Dr. Heinz und Christian Reumschüssel-Wienert moderierten die Diskussion. Auch diese Veranstaltung war außerordentlich gut besucht und sprengte die Kapazitäten des Hörsaals.

Am 14. Mai 2008 stellte Dr. Klaus Lehtinen aus Finnland einen alternativen Behandlungsansatz vor: „Bedürfnisorientierte Behandlung der Schizophrenie“.

Vorträge, Studienergebnisse und Folien wurden von Holger Kühne sehr zeitnah auf unserer Webseite veröffentlicht; diese Materialien stießen auf großes Interesse und waren

Grundlage zahlreicher fachlicher Diskussionen. Einen vorläufigen Abschluss fand die Debatte mit einer Fachtagung unseres Bundesverbands im Rathaus Schöneberg: „Richtig eingestellt? – Gratwanderung Neuroleptika!“ Am 16. Juli 2008 war die BGSP gemeinsam mit dem DGSP-Fachausschuss Menschen in Heimen Veranstalter einer Fachtagung im Pinellodrom.

Prof. Dr. Zaumseil und Prof. Dr. Zimmermann stellten die Ergebnisse einer Studie vor, die sich mit einem bisher völlig vernachlässigten Phänomen beschäftigt: Wie viele psychisch Kranke befinden sich in Berliner Pflegeheimen, und auf welchem Weg gelangen sie – angesichts der Steuerungssysteme in der Berliner Gemeindepsychiatrie – dorthin? Nach der Vorstellung der Studie kam es zu einer angeregten Fachdiskussion. Die Untersuchung ist veröffentlicht im Mabuse-Verlag: „Mit der Diagnose ‚psychisch krank‘ ins Pflegeheim?“.

Lange wurde im Vorstand der BGSP darüber diskutiert, wie man den Mitgliedern einmal Gelegenheit geben könnte, sich zwanglos zu treffen, endlich ungestört von Vorträgen informelle Gespräche zu führen und sich vielleicht sogar – mit Musik und Tanz – zu amüsieren. Es wurde deshalb im Rahmen der „Woche der seelischen Gesundheit“ zu einer dreiteiligen Veranstaltung in das Pinellodrom geladen, die unter dem Motto „Dance your mind“ in einer Fete enden sollte. Leider fand diese Idee sehr wenig Resonanz.

#### **Aktivitäten des Vorstands**

Die Mitglieder waren im Berichtszeitraum immer wieder mit der Vor- und Nachbereitung der aufgeführten Veranstaltungen beschäftigt.

Mehrfach mussten Positionen entwickelt werden, da Stellungnahmen zu Anfragen und Gesetzesvorlagen zu fertigen waren. Die Ausarbeitung und Formulierung übernahm in der Regel Christian Reumschüssel-Wienert. So musste sich der Vorstand mehrfach ausführlich mit dem Berliner Wohn- teilhabegesetz befassen.

Auch im Zentrum der Vorstandsarbeit standen die Neuroleptika. Christian Reumschüssel-Wienert regte die Durchführung einer „Piloterhebung zur Medikation der Klientinnen des außerklinischen psychiatrischen Hilfesystems“ in Berlin an. Es wurde unter Hinzuziehung von Experten eine Arbeitsgruppe gebildet, in der ein Fragebogen erarbeitet wurde. Auch die Auswertung der Daten und Ergebnisse wurde fachlich begleitet; wir danken allen Teilnehmern dieser Arbeitsgruppe für ihre engagierte Mitarbeit: Regina Berg, Dr. Burian, Astrid Delcamp, Jassna Russo und Christian Reumschüssel-Wienert. Das Projekt wird auf unserer Webseite dokumentiert.

Über einen längeren Zeitraum hinweg hat der Autor Peter Manssdorff einen Streifzug durch die Berliner Kontakt- und Beratungsstellen gemacht. Unter dem Titel „Wo die Seelen tanken gehen“ hat er seine Erfahrungen publiziert. Astrid Delcamp hat das Vorwort verfasst, und die BGSP hat das Projekt gesponsert, indem sie Freiemplare erworben und etlichen Multiplikatoren in Berlin übersandt hat. Das Buch ist im Shift-Selbstverlag erschienen (Tel.: 030 741019).

#### **Mitgliederentwicklung**

Die Mitgliederentwicklung war im Berichtszeitraum stabil, einige Veränderungen sind Wechsel der Landesverbände wegen veränderter Arbeits- bzw. Wohnorte. Die (nicht sehr zahlreichen) Austritte werden häufig mit dem Ende der Berufstätigkeit begründet.

Jahr	Anzahl Mitglieder	Eintritte	Austritte
2006	172	–	8
2007	158	4	2
2008	158	11	5
2009	168	3	13

#### **Rückblick und Perspektiven**

Es ist nicht zu übersehen – auch die BGSP-Mitglieder werden älter. Viele engagierte Mitstreiter sind inzwischen im Ruhestand. Viele dieser „Pensionäre“ sind unverändert aktiv, manche haben sich ganz zurückgezogen oder engagieren sich in anderen Bereichen. Auch die Arbeit im Vorstand war immer wieder durch Erkrankungen einzelner Mitglieder beeinträchtigt. Obwohl es uns leider nicht gelungen ist, ausreichend junge psychiatrisch Tätige anzusprechen und neue Mitglieder zu werben, haben doch einzelne Menschen den Weg in die BGSP gefunden. Besonders auffällig war im Berichtszeitraum der Kontrast zwischen den teilweise extrem gut besuchten Fachveranstaltungen und der geringen Resonanz, die unsere internen Angebote fanden. Es scheint, als gebe es ein sehr großes Interesse am fachlichen Diskurs, ohne dass dies in einem organisierten Engagement mündet. Möglicherweise ersetzen aber auch die vielen Gremien, Arbeitsgruppen und Interessengemeinschaften auf Träger- oder Bezirksebene das Engagement in einem Verband wie der BGSP.

Wie können wir die jungen Berufsanfänger ansprechen? Wie können wir verhindern, dass wir ein Club von Funktioniären werden, die einen für Neulinge unverständlichen Fachjargon sprechen? Welches sind die zentralen Themen der sozialen Psychiatrie in den nächsten Jahren?

Vielleicht kann die integrierte Versorgung, das neue Entgeltssystem in der stationären Versorgung oder die wieder neu aufflammende Diskussion um geschlossene Einrichtungen ein Thema für die nächsten Jahre werden. Die BGSP steht als Plattform zur Verfügung und bereitet zu diesem Schwerpunkt eine Veranstaltung vor, die am 27. Oktober 2010 im Pinellodrom stattfinden wird.

*Für den Vorstand der BGSP:*

*Ilse Eichenbrenner, Holger Kühne*

*Kontakt:*

*Martina Dahms*

*Taubenstr. 5*

*14612 Falkensee*

*Tel.: (0 30) 33 87 30 86*

*E-Mail: bgsp-ev@gmx.de*

*Internet: www.bgsp-ev.de*

#### **Brandenburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (BraGSP)**

„Finnland an der Havel“ lautete das Motto der ersten Fachtagung unseres Landesverbands, die wir im November 2008 in Potsdam durchführten. Rund 150 Menschen waren neugierig auf innovative Modelle psychiatrischer Versorgung, sodass der Saal im Ernst-von-Bergmann-Klinikum gut gefüllt war. Einige der Vorträge sind heute, unter dem Eindruck der bevorstehenden Änderungen bei der Krankenhausfinanzierung, aktueller denn je.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war der Start unserer Homepage: dgsp-brandenburg.de ist seit Oktober 2008 online. Die Informationen werden rege abgerufen; wir

wünschen uns für die Zukunft, dass die interaktiven Möglichkeiten des Kommentierens und Diskutierens stärker genutzt werden.

Zentrales psychiatriepolitisches Thema der zurückliegenden zwei Jahre war und ist die Novelle des Brandenburgischen PsychKG. Die BraGSP begleitete die Entstehung des Gesetzes bis hin zur Anhörung im Gesundheitsausschuss des Landtags. Dabei waren nicht zuletzt die Erfahrungen bedeutsam, die wir durch unser ehrenamtliches Engagement in den Besuchskommissionen machen konnten bzw. mussten. Die Gesetzesnovelle räumt den Besuchskommissionen weiter gehende Befugnisse gegenüber den Kliniken ein; dabei geht es – im Interesse der Sicherheit der Patientinnen und Patienten – vor allem um die Einhaltung der Psychiatrie-Personalverordnung (Psych-PV) als Minimalstandard. Da die Krankenhausträger gegen so viel Einblick teils heftigen Widerstand leisten, wird uns das Thema weiter beschäftigen.

Die Personalausstattung in den Kliniken war Thema einer dialogischen Stellungnahme unter der Überschrift „Qualität der klinisch-psychiatrischen Behandlung sichern – Psych-PV umsetzen!“, die wir gemeinsam mit dem Netzwerk Brandenburg der Psychiatrie-Erfahrenen und dem Landesverband der Angehörigen verfasst und dann an Politik und Verwaltung, Kliniken und Kostenträger versandt haben. Eine weitere dialogische Stellungnahme befasste sich mit drohenden Einschränkungen für die Psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA). Beide Texte sind auf unserer Homepage dokumentiert.

Die Mitgliederversammlung im Februar 2010 hat den Vorstand für weitere zwei Jahre im Amt bestätigt. Er besteht aus Berit Harrendorf (Heilerziehungspflegerin, Heimleiterin in Brandenburg an der Havel), Petra Groh-Kankarowitsch (Sozialarbeiterin im Klinikum Potsdam) und Martin Osinski (Psychologe, Heimleiter in Neuruppin). Drei bis vier Mitgliedertreffen jährlich, sozusagen öffentliche Vorstandssitzungen, sind inzwischen fest etabliert.

Weitere Themen, die wir aktuell und wohl auch mittelfristig diskutieren werden:

- das Ausführungsgesetz zum SGB XII, das maßgeblich ist für das zukünftige Verhältnis zwischen ambulanten und stationären Hilfen;
- wohnortnahe Unterbringung nach § 1906 BGB;
- das neue „Heimgesetz“, das gänzlich ohne den Begriff „Heim“ auskommt;
- die Nachfolgeregelungen zu Heimpersonalverordnung und Heimmindestbauverordnung („Strukturqualitätsverordnung“);
- Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeit der Besuchskommissionen (Angebot Schulung zur Psych-PV).

*Für den Vorstand der BraGSP:*

*Berit Harrendorf, Petra Groh-Kankarowitsch,  
Martin Osinski*

*Kontakt:*

*BraGSP*

*Martin Osinski*

*Zu den Gärten 18*

*16816 Neuruppin*

*Tel.: (0 33 91) 65 02 48*

*E-Mail: Bragsp@t-online.de*

*Internet: www.dgsp-brandenburg.de*

## **DGSP-Landesverband Bremen e.V.**

Der Vorstand und interessierte Mitglieder und Gäste treffen sich einmal im Monat. Bei Bedarf werden Arbeitsgruppen zu Projekten oder aktuellen Themen gebildet. Die Sitzungen sind in der Regel öffentlich. Der DGSP-Landesverband hat auch in der zurückliegenden Wahlperiode mehrere Hauptthemen weiterverfolgt, andere sind dazugekommen. Bei vielen Projekten und Veranstaltungen kooperieren wir mit anderen Trägern und Institutionen und der senatorischen Behörde, um auch durch diese Zusammenarbeit das psychosoziale Netz in Bremen zu stärken und zu unterstützen.

### **Schwerpunkte 2009/2010**

Als besonders wichtige Themen standen und stehen aktuell für uns wie auch für andere Landesverbände und bundesweit die Personalsituation in den Kliniken für Psychiatrie und Psychotherapie und die Chancen und Risiken bei der Umsetzung des Krankenhausfinanzierungsreformgesetz (KHRG) im Vordergrund.

Am 14.8.2010 veranstalteten der Landesverband Bremen und die Gesundheitsbehörde gemeinsam einen ganztägigen Workshop, zu dem Mitarbeiter/-innen in leitenden Positionen und Vertreter/-innen aller Berufsgruppen sowie Mitglieder der Betriebsräte der kommunalen psychiatrisch-psychotherapeutischen Kliniken persönlich eingeladen waren. Thema: „Die Entwicklung des Zentrums für Psychiatrie und Psychotherapie der Gesundheit Nord gGmbH in der regionalen psychiatrischen Versorgung“. Als Referenten mitgewirkt haben namhafte Vertreter bundesweiter psychiatrischer Fachverbände und Fachleute mit Erfahrung zu innovativen Organisations- und Finanzierungsmodellen, darunter auch ein Vertreter der Krankenkassen. Sie bezogen sich auf ein Eckpunktepapier des Landesverbandes Bremen, das unter anderem auf Perspektiven der Verbesserung der Personalsituation und auf Fragen der Spezialisierung in der Behandlung durch das Krankenhaus fokussiert: „Stationär-teilstationär-ambulant übergreifend regional vernetzt oder vollstationär?“

Die Ergebnisse sollen in Zusammenhang mit dem anstehenden Landespsychiatrieplan aufgearbeitet und auf einem Folgeworkshop im Dezember dialogisch und mit Interessierten des gesamten psychiatrischen Hilfesystems diskutiert werden.

### **Weitere Projekte und Veranstaltungen**

■ Der Workshop „Pillen-Reden-Therapie“ (7. April 2010, in Kooperation mit mehreren Bremer Trägern und Institutionen) war sehr gut besucht und wurde in der Presse und Öffentlichkeit beachtet.

■ Schulprojekt: Das 2005 entstandene Schulprojekt zum Thema seelische Gesundheit, ein Kooperationsprojekt des Krankenhaus-Museums, der Zeitungsinitiative IRRTURM, des Zentrums für Psychotherapie und Psychiatrie am Klinikum Bremen-Ost, des Arbeitskreises Angehörige von psychisch Kranken, der DGSP Bremen und Bremer Schulen wurde weitergeführt.

■ Veranstaltungen zur ‚Woche der seelischen Gesundheit‘: 2009 gab es am ‚Welttag der seelischen Gesundheit‘ in Bremen mehrere Veranstaltungen unter dem Motto „Aus der Nähe betrachtet ist keiner normal“. Veranstalter waren die DGSP Bremen und das Klinikum Bremen-Ost, unterstützt durch viele Träger psychiatrischer Angebote. 2010 (5. bis 10. Oktober) hieß unser Motto „Leben wagen – dazugehören“. Einbezogen wurden „Experten aus

Erfahrung“ bei unterschiedlichen, breit gefächerten Veranstaltungen verschiedenster Träger und Institutionen.

- Bremer Fortbildungsnetzwerk Gemeindepsychiatrie: Die 2009 entstandene trägerübergreifende Arbeitsgemeinschaft mit dem Ziel, die wechselseitige Nutzung von Fortbildungsangeboten zu fördern und regionale trägerübergreifende Fortbildungen im Verbund zu konzipieren und anzubieten, wurde 2010 fortgesetzt.
- Arbeitsgruppe Integrierte Versorgung: Auch in Bremen hat ein Träger den an manchen Orten in der Erprobung befindlichen Vertrag zur Integrierten Versorgung nach § 140 SGB V abgeschlossen. Zur Erörterung von Chancen, Risiken und Perspektiven hat die DGSP eine Vorstands-AG aus Vertretern außerklinischer und klinischer Leistungsbereiche gebildet.
- Mitgliedschaft im bundesweiten Netzwerk ‚Aktionsbündnis für Seelische Gesundheit‘. Verbindliche Teilnahme an einer Arbeitsgruppe ‚Gesundheitsförderung und sozialraumbezogene Prävention als Zukunftsaufgabe‘.
- Unterstützung von „Experten aus eigener Erfahrung“ bei ihrer Fortbildung, aber auch beim Einsatz als Fortbilder und Mitarbeiter.
- UN-Behindertenrechtskonvention: Auswirkungen und Umsetzungsstrategien, auch in der Fortbildung.

*Für den Vorstand der DGSP Bremen:  
Hiltrud Kruckenberg*

*Kontakt:  
Hiltrud Kruckenberg  
Eystruper Str. 6  
28325 Bremen  
Tel.: (04 21) 42 03 13  
E-Mail: info@hille-kruckenberg.de*

## **Hamburgische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HGSP)**

Vierzig Jahre DGSP. Die HGSP gründete sich am 10. Januar 1974 als Landesverband aus ihrem Vorläufer, dem ‚Sozialpsychiatrischen Arbeitskreis‘. Da haben wir also noch Zeit. Die HGSP befindet sich im Prozess der Veränderung vom Trägerverein zum Mitgliederverein. Dieser Veränderungsprozess dauert inhaltlich und atmosphärisch immer noch an, nachdem die HGSP ihre Einrichtungen und Dienste in eigene Gesellschaften ausgegliedert hat.

Die Mitgliederstärke des Hamburger Landesverbandes hat sich – nach allgemeinen Schrumpfungstendenzen – in der letzten Zeit stabil gehalten und auch die Unwägbarkeiten durch die Umstrukturierung der Mitgliedsbeiträge der DGSP überstanden. Gleichwohl sieht sich die HGSP vor der Schwierigkeit, neue und insbesondere jüngere Mitarbeiter/-innen des in Hamburg gut ausgebauten und regional verankerten gemeindepsychiatrischen Versorgungssystems zu erreichen und neue Mitglieder zu gewinnen bzw. für die aktive Verbandsarbeit zu aktivieren. Das gilt auch für die Vorstandsarbeit, die seit vielen Jahren im Wesentlichen von wenigen kontinuierlich getragen wird. Es ist bisher nicht gelungen, für diese Arbeit neue und vor allem jüngere Leute zu finden. Vor diesem Problem steht die HGSP nicht allein, das kennen viele Landesverbände.

Im November 2009 fand die Jahrestagung der DGSP zum Thema Sozialraumorientierung („Raus aus dem Ghetto, eine Stadt für alle“) in Hamburg statt. Sie wurde fast ein Jahr

lang von einer engagierten Vorbereitungsgruppe aus Gemeindepsychiatrie, Jugendhilfe und einem Hamburger Bezirk – und damit schon ein bisschen sozialräumlich – inhaltlich und organisatorisch vorbereitet. Es war eine schöne und erfolgreiche Veranstaltung, sie sprach annähernd 400 Teilnehmer/-innen an und überzeugte inhaltlich durch gute Vorträge und Workshops. Gleichwohl ist dieser neue Funke der Sozialraumorientierung in die Hamburger Versorgungslandschaft danach nicht recht übergesprungen – und hat keinen Enthusiasmus breiter begeisterter Umsetzung nach sich gezogen. Daran wird die HGSP weiter arbeiten. Eine enge Kooperation und Vernetzung mit Diensten und Einrichtungen in anderen „Versorgungssäulen“ werden als grundlegend in der gemeindepsychiatrischen Arbeit angesehen und eine vorsichtige Öffnung der Einrichtungen über den engen eigenen Personenkreis hinaus wird möglich. Unter HGSP-Beteiligung wird gerade ein Papier erarbeitet, in dem – zur Vorbereitung von Verhandlungen mit der Sozialbehörde – gemeinsam mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Vorstellungen zur Entwicklung von Sozialraum in Hamburg konzipiert werden. Angeregt durch die Jahrestagung entstand – ergänzend für die zweite Auflage der „Denkanstöße“ der DGSP – der „Denkanstoß“ Sozialraum.

Beteiligt ist die HGSP unter anderem an den Verhandlungen zur Fortschreibung des Krankenhausplans. Nach der Privatisierung der Hamburger Psychiatrien wird von den Klinikträgern mit viel Rhetorik dem Ausbau von Betten das Wort geredet. Strukturelle Veränderungen mit dem Ziel der Überwindung starrer Versorgungsgrenzen drohen gegenüber der klinischen Spezialisierungsideologie kaum Beachtung zu finden.

Die Initiative zur Schaffung preiswerten Wohnraums für „Personen mit besonderen Marktzugangsschwierigkeiten“ hat (bei der grünen Stadtentwicklungssenatorin) zu Erfolgen geführt: Nicht geförderter Altbaubestand wird bei der Vermietung an definierte Zielgruppen finanziell belohnt (einmalig 15000 Euro).

Es gab Bemühungen, in Hamburg einen psychosozialen Krisendienst einzurichten, der die Abende, Nächte, Wochenenden und Feiertage abdeckt. Aus fachlicher Sicht und aus Sicht etwa des Hamburger Angehörigenverbandes wurde dringender Bedarf festgestellt, doch wurde er aus politischer Sicht nicht für notwendig gehalten und in der Bürgerschaft abgelehnt. Jetzt gibt es neue Überlegungen, einen Krisendienst zu etablieren, der nicht als neuer eigenständiger Dienst funktioniert, sondern telefonische Erreichbarkeit und aufsuchende Hilfe aus den bestehenden psychosozialen Kontaktstellen heraus organisiert. Dafür scheint es politische Bereitschaft zu geben, erste Überlegungen wurden angestellt und diskutiert und sollen in ein Konzept münden.

*Für die HGSP:  
Karin Morisse*

*Kontakt:  
HGSP  
Wolfgang Kiel  
Hochallee 1–3  
20149 Hamburg  
Tel.: (0 40) 41 53 11 11  
E-Mail: gpze@aol.com*

## Hessische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (HeGSP)

- In den Jahren 2009/2010 waren Vorstandsmitglieder weitgehend in die Vorbereitungen der Jahrestagung der DGSP vom 11. bis 13. November 2010 involviert, und der Verband hat aus diesem Grunde keine eigene Veranstaltung durchgeführt.
- Es erfolgte eine Auseinandersetzung mit der Konzerngründung von Vitos, wie sich der Gesundheitskonzern des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen jetzt nennt. Der Konzern tritt nach außen mit neuem Design und Logo auf. Nach innen wird stark zentralisiert, und es werden neue Führungsebenen eingezogen. Dazu hat der Landesverband eine satirische Würdigung auf seiner Homepage eingestellt.
- Grußwort des DGSP-Landesverbandes beim LV der Psychiatrie-Erfahrenen am 22. Mai 2010 in Frankfurt (Main).
- Themen und Vorhaben: Netzwerk Schulprojekte, Ausbildung von Psychiatrie-Erfahrenen als Gesundheitshelfer, Konzernpsychiatrie, Eingliederungshilfe (überörtliche Steuerung, Hilfeplanung, ITP), Jugendhilfe und Psychiatrie, geschlossene Einrichtungen in Hessen.

*Für den Vorstand der HeGSP:*  
*Constantin von Gatterburg*

*Kontakt:*  
*Constantin von Gatterburg*  
*Haus der Gesundheit*  
*Kettelerstr. 29*  
*64646 Heppenheim*  
*Tel.: (0 62 52) 15 58 54*  
*E-Mail: constantin.gatterburg@kreis-bergstrasse.de*  
*Internet: www.dgsp-hessen.de*

## DGSP Niedersachsen e.V. (DGSP-N)

Nach langen Anlaufschwierigkeiten ist unsere Homepage endlich fertig und kann besucht werden unter [www.dgspn.de](http://www.dgspn.de). Unsere diesjährige Jahrestagung fand am 17. Juni 2010 im Haus der Region in Hannover statt.

Unter dem Tagungstitel „Da sind wir nicht zuständig ...! – Kinder psychisch kranker Eltern als Herausforderung für Psychiatrie und Jugendhilfe“ haben wir versucht, die Probleme und Schwierigkeiten der Zusammenarbeit der beiden Hilfesysteme zu thematisieren. Erfreulicherweise war die Tagung wie immer gut besucht und die Diskussion lebhaft und engagiert.

Sebastian Stierl hat in einer Anhörung am 14. April 2010 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des niedersächsischen PsychKG im Landtagsausschuss die Stellungnahme der DGSP-N vorgetragen, in der vor allem die vom Ministerium gemachten Vorschläge zur Anordnungsbefugnis und zur Durchführung grundrechtseinschränkender Eingriffe kritisiert worden sind.

Mit Schreiben an die Landeskrankenhausgesellschaft, die Landesärztekammer und das Ministerium vom 8. Januar 2010 hat die DGSP-N zur Sicherung des Zugangs zu den psychiatrischen Institutsambulanzen (PIA) Stellung genommen und gegen den drohenden Ausschluss von Teil-

nehmern von Tagesstätten und Bewohnern von Wohnheimen von der Behandlung in der PIA protestiert.

Am 23. September 2010 hat der dritte Zertifikatskurs „Komplementäre Nachsorge für psychisch kranke Straftäter“ der DGSP in Lüneburg begonnen. Kooperationspartner sind die Psychiatrische Klinik Lüneburg und das Klinikum Region Hannover.

*Für den Vorstand der DGSP-N:*  
*Hermann Grütter*

*Kontakt:*  
*Dr. Sebastian Stierl*  
*NLKH Lüneburg*  
*Am Wienebütteler Weg 1*  
*21339 Lüneburg*  
*Tel.: (0 41 31) 60-13 00/-13 02*  
*E-Mail: sebastian.stierl@pk.lueneburg.de*

## Rheinische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (RGSP)

Am 11. Februar 2009 haben wir im Casino der LVR-Klinik Viersen eine mit mindestens 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gut besuchte Mitgliederversammlung durchgeführt. Die Resonanz war auch dem Referenten des Abends zu verdanken. Dr. Dr. Stefan Weinmann aus Berlin stellte die Thesen seiner viel diskutierten Monografie „Erfolgsmythos Psychopharmaka“ zur Diskussion.

Die Mitgliederversammlung erteilte dem Vorstand an diesem Abend einen Arbeitsauftrag, nämlich zu einem Erlass des Sozialministeriums NRW Stellung zu nehmen, mit dem den Maßnahmen der Videoüberwachung in der Psychiatrie gleichsam ein Freibrief ausgestellt werden sollte. Die einfache Argumentationslinie lautete: Da es sich bei psychiatrischen Stationen um öffentliche Räume handelt, ist gemäß Landesdatenschutzgesetz eine Videoüberwachung zulässig. Dieser Erlass erntete viel Kritik, und auch die RGSP nahm entsprechend Stellung. Er wurde dann vom Ministerium zurückgenommen und durch einen sachlich nachvollziehbareren, aber unseres Erachtens noch immer kritikbedürftigen Erlass ersetzt (Leitformel: Videoüberwachung dürfe nur mit einer engen ärztlichen Indikation erfolgen, was immer man darunter verstehen soll). Wir haben die Debatte im „RGSP-Extrablatt“, der Mitgliederzeitung der RGSP, dokumentiert.

Die RGSP hat monatlich zu Vorstandstreffen an verschiedenen Orten der Region eingeladen. Wir trafen uns seit der Mitgliederversammlung 2009 unter anderem in der Tagesstätte der Diakonie ‚Mittendrin‘ in Duisburg-Ruhrort, im SPZ der Psychiatrischen Hilfgemeinschaft in Duisburg-Homburg, im SPZ des Mönchengladbacher Reha-Vereins, im Marienheim (Altenheim) in Krefeld, in den Wohnheimen Worringer Reitweg und Heiligenbaumstraße des Duisburger ‚Regenbogens‘ und in den Räumen der Psychiatrischen Hilfgemeinschaft in Viersen.

Im November 2009 haben wir das von der Leipziger Initiative Irrsinnig Menschlich e.V. ins Leben gerufene Filmfestival in Zusammenarbeit mit der LVR-Klinik Mönchengladbach und der Hochschule Niederrhein, Fachbereich Sozialwesen, nach Mönchengladbach geholt. Stefan Corda-Zitzen hat dies maßgeblich organisiert. An vier Nachmittagen und Abenden wurden in beeindruckend gut be-

setzten Kinosälen Filme aus dem Programm des Festivals „ausnahmestandard|verrückt nach Leben“ gezeigt (siehe auch [www.ausnahmestandard-filmfest.de](http://www.ausnahmestandard-filmfest.de)).

Im letzten Sommer hat auch uns verstärkt die Debatte über EX-IN erreicht, die Qualifizierung Psychiatrie-Erfahrener für die Mitarbeit im Hilfesystem. Wir haben uns im Laufe der folgenden Monate dazu entschieden, den Start eines von der Arbeitsgemeinschaft Gemeindepsychiatrie Rheinland (AGpR) getragenen EX-IN-Kurses zu unterstützen und haben zur Mitgliederversammlung am 2. März 2010 Jörg Utschakowski als Referenten eingeladen. Er ist Mitherausgeber des Handbuchs „Vom Erfahrenen zum Experten“, erschienen im Psychiatrie-Verlag Bonn, und leitet in Bremen den Fortbildungsträger F.O.K.U.S. Mit ihm als Referenten des Abends erlebten wir wieder eine ausgesprochen gut besuchte Mitgliederversammlung, diesmal im ‚Kiosk‘ der Diakonie in der Duisburger Innenstadt.

Im letzten Februar wurden wir kurzfristig eingeladen, gemeinsam mit unserem Schwesterverband in Westfalen, der Westfälischen Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (WGSP), im Sozialausschuss des Landtags über die Erfahrungen mit dem vor zehn Jahren novellierten PsychKG des Landes zu berichten. Wir haben eine Stellungnahme abgestimmt, die Dr. Rainer Pöppe, bis Ende letzten Jahres ärztlicher Direktor der LVR-Klinik Viersen, im Ausschuss für uns vertreten hat. Erwähnt sei noch, dass seit der Mitgliederversammlung im Februar 2009 drei Ausgaben des „RGSP-Extrablattes“ erschienen sind. Diese können auf der Homepage unseres Verbandes (s.u.) abgerufen werden.

Ilja Ruhl, seit eben dieser Mitgliederversammlung Mitglied des Vorstandes, kümmert sich seit geraumer Zeit um die Gestaltung und Aktualisierung unseres Internetauftritts. Auf diesem finden sich auch nähere Informationen über einige in diesem Bericht erwähnte Themen, etwa die Stellungnahmen zum „Video-Erlass“ und zum PsychKG NRW, aber auch über die Zusammensetzung des aktuellen Vorstandes und weitere Planungen.

Zu Letzteren gehören aktuell Veranstaltungen der AGpR und des Kölner Vereins, die wir mittragen. Bei der AGpR-Veranstaltung am 7. Oktober wird es um Fragen gehen, die sich im Zusammenhang mit dem Betreuungsbedarf junger erwachsener Klienten der Gemeindepsychiatrie stellen. Der Kölner Verein befasst sich aus Anlass des ‚Tages der seelischen Gesundheit‘ am 28. Oktober mit „Traumastörungen in der Psychiatrie“.

Die RGSP lud außerdem zu einem Filmabend am 1. September im Comet-Cine-Center in Mönchengladbach ein. Gezeigt wurde „Himmel und mehr“, der beeindruckende Film über Dorothea Buck. Im Anschluss an die Vorführung bestand Gelegenheit zur Diskussion mit der Regisseurin Alexandra Pohlmeier und mit Dr. Rainer Pöppe. Zu allen Veranstaltungen finden Sie auch Informationen auf unserer Internetseite (s.u.).

*Für den Vorstand der RGSP:  
Norbert Schalast*

*Kontakt:  
RGSP-Geschäftsstelle  
Gabi End  
Eichenstr. 105–109  
42659 Solingen  
Tel.: (02 12) 24 82 10  
Internet: [www.rgsp.de](http://www.rgsp.de)*

## **DGSP-Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.**

Der Vorstand besucht bei seinen regelmäßigen Treffen klinische und komplementäre Einrichtungen, um sich über die regionale Versorgung vor Ort zu informieren und sich über aktuelle Entwicklungen auszutauschen.

Im letzten Jahr stand die Beschäftigung mit dem DGSP-Memorandum zur Anwendung von Neuroleptika im Vordergrund. Die Diskussion wurde auch in den Landespsychiatriebeirat (LPBR) eingebracht. Eine Sitzung des Ständigen Arbeitskreises des LPBR befasste sich ausschließlich mit diesem Thema.

In Landau organisierte die DGSP das Filmfestival „Ausnahmestandard“. Es fand große Resonanz und bot auch die Gelegenheit, die Arbeit der DGSP vorzustellen.

Im Mai dieses Jahres wurde eine Fachtagung mit dem Thema „Anregend – Aufregend – Junge Wilde fordern uns heraus“ veranstaltet. Sie beschäftigte sich mit den Möglichkeiten gemeindenaher Versorgung dieser Menschen.

Im Anschluss an diese Tagung fand eine Mitgliederversammlung mit Vorstandswahl statt. Dabei wurde der alte Vorstand bestätigt.

Für die Zukunft ist angedacht, eine Tagung gemeinsam mit der Gewerkschaft Verdi zu veranstalten.

*Für den Vorstand des Landesverbands Rheinland-Pfalz:  
Josef Bernardy*

*Kontakt:  
Josef Bernardy  
Longkampstr. 37  
54292 Trier  
Tel.: (06 51) 5 27 89  
E-Mail: [josef@bernardynet.de](mailto:josef@bernardynet.de)  
Internet: [www.dgsp-rheinland-pfalz.de](http://www.dgsp-rheinland-pfalz.de)*

## **DGSP Saar e.V.**

Im Jahr 2009 hat sich der Vorstand des Landesverbandes Saar mehrfach getroffen, um eine Fachveranstaltung mit dem Titel „Ambulant und nun? Perspektiven der psychiatrischen Versorgung im Saarland“ am 24.6.2009 mit den Referenten Prof. Regus aus Siegen und Dr. Floeth, Pinel, aus Berlin sowie mit dem Psychiatriereferenten H. Tauchert vom Sozialministerium zu organisieren. Die Fachveranstaltung stieß auf reges Interesse (ca. 75 Teilnehmer).

Aufgrund der Größe der saarländischen DGSP ist es uns leider nicht möglich, mehrere Veranstaltungen o.Ä. durchzuführen.

*Für den Vorstand der DGSP Saar:  
Karl Wilhelm Fricke*

*Kontakt:  
Karl Wilhelm Fricke  
c/o Laurentiushöhe  
Haardter Weg 30  
66663 Merzig  
Tel.: (0 68 61) 9 11 61 00  
E-Mail: [fricke-giacaman@t-online.de](mailto:fricke-giacaman@t-online.de)*

## **Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (SGSP)**

Die Schwerpunkte der Arbeit 2009 lagen auf den Aufbau der Website ‚Sozialpsychiatrie in Sachsen‘. Die Site wurde im dritten Quartal 2009 veröffentlicht. Der Inhalt konzentriert sich auf die Aufarbeitung der Psychiatrie in der DDR, aber auch aktuelle Dokumente zu Themen aus Psychiatrie und Sozialpolitik werden veröffentlicht. Die Plattform dient als Kommunikationsmittel und soll die Zusammenarbeit der Mitglieder im Landesverband erleichtern.

Die Kooperation mit der ‚Trauma Beratung Leipzig‘ ([www.trauma-beratung-leipzig.de](http://www.trauma-beratung-leipzig.de)) wurde weiter fortgeführt. Das Onlineangebot informiert über Folgen sehr schlimmer Lebenserfahrungen in Kindheit und Jugend sowie Möglichkeiten, besser mit ihnen umzugehen. Dabei geht es vorrangig um die Situation von mittlerweile erwachsenen Betroffenen. Die fachlich fundierten Darstellungen können helfen bei der Suche nach angemessener therapeutischer Betreuung sowie im Kontakt mit Behörden und Institutionen. In der letzten Zeit wurde die Mehrzahl der niedergelassenen Psychotherapeuten in Sachsen per Post auf das Angebot der ‚Trauma Beratung Leipzig‘ hingewiesen. Der ‚Stammtisch Sozialpsychiatrie‘ fand zweimal in Leipzig statt. Die Themen waren unabhängige Patientenberatung in Deutschland sowie das Soteria-Konzept.

Die SGSP unterstützt seit Mai 2010 das Aktionsbündnis ‚Zukunft und Zusammenhalt‘ (<http://zukunftundzusammenhalt.de>). Das Bündnis will die Aufmerksamkeit auf die geplanten Kürzungen im Bereich Bildung, Kultur und Soziales in Sachsen lenken; es legt den Schwerpunkt auf Aktionen, um dadurch öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten. Die politischen Forderungen/Termine können auf der Website des Bündnisses abgerufen werden.

Die SGSP ist immer an der Mitarbeit von Mitgliedern interessiert. Jede Idee ist herzlich willkommen! Kollegen und Kolleginnen aus Kliniken sind besonders aufgerufen, uns zu unterstützen. Kollegen/Kolleginnen, die das Thema klinische Versorgung vertreten können, sind derzeit noch unterrepräsentiert bei unseren aktiven Mitgliedern. Auch hier freuen wir uns über eine Mitarbeit.

Der Vorstand der SGSP trifft sich regelmäßig, um aktuelle Entwicklungen zu besprechen und Arbeitsthemen daraus abzuleiten. Für die Zukunft sind folgende Themen zur Bearbeitung geplant:

- Stellungnahme zu den finanziellen Kürzungen und den daraus resultierenden Auswirkungen im psychiatrischen Bereich in Sachsen;
- Auslobung eines Kunstpreises durch die SGSP für Künstler nach seelischen Krisen;
- Eckpunkte/Positionserarbeitung zu wichtigen sozialpsychiatrischen Themen durch die SGSP;
- regelmäßige Konzept- und Einrichtungsvorstellungen durch die Mitglieder der SGSP.

*Für den Vorstand der SGSP:*

*Jan Roscher*

*Kontakt:*

*Landesgeschäftsstelle*

*Sächsische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie (SGSP)*

*c/o Jan Roscher*

*Am Wehr 13a*

*08315 Bernsbach*

*E-Mail: [sgsp@sozialpsychiatrie-in-sachsen.de](mailto:sgsp@sozialpsychiatrie-in-sachsen.de)*

*Internet: [www.sozialpsychiatrie-in-sachsen.de](http://www.sozialpsychiatrie-in-sachsen.de)*

## **Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie im Land Sachsen-Anhalt e.V.**

Die DGSP im Land Sachsen-Anhalt e.V. veranstaltete gemeinsam mit dem Verein ‚Frauenpolitische Bildung Sachsen-Anhalt‘ am 10. März 2010 eine landesweite Tagesveranstaltung mit dem Titel „Hier werd‘ ich verrückt“.

Im Mittelpunkt standen Anforderungen an eine frauengerechte psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Sachsen-Anhalt. Die Veranstaltung wurde von über 100 Fachleuten aus unterschiedlichen Fachgebieten und der Beratungslandschaft wie Frauenberatung, Opferberatung, ‚Wildwasser‘, gemeindepsychiatrische Einrichtungen und klinische Psychiatrie besucht. Das Ministerium für Gesundheit und Soziales begrüßte die Initiative zu dieser Veranstaltung sehr und konstatierte ebenso wie der Psychiatrieausschuss, dass es frauengerechte oder frauenspezifische Angebote im Land Sachsen-Anhalt nicht gibt. Die Tagungsteilnehmer/-innen forderten u.a., dass sich der Psychiatrieausschuss dem Thema „Gendersensible Psychiatrie“ stellen soll, dass die Zahl der niedergelassenen Psychotherapeuten dem Bundesdurchschnitt angepasst werden soll, eine Landesclearingstelle eingerichtet wird und Angebote der gendersensiblen Traumatherapie aufgebaut werden sollen.

Die Beiträge, Ergebnisse und Forderungen können eingesehen werden unter: [www.frauenpolitische-bildung-sachsen-anhalt.de/Tagung.htm](http://www.frauenpolitische-bildung-sachsen-anhalt.de/Tagung.htm)

Die DGSP im Land Sachsen-Anhalt e.V. unterstützt den Start von EX-IN in Sachsen-Anhalt. Gemeinsam mit unserem Bundesverband wird der Landesverband sich an den Ausbildungskosten für eine Psychiatrie-Erfahrene und eine professionell tätige Sozialpädagogin beteiligen, damit beide die Ausbildereignung für EX-IN-Teilnehmer erhalten. Ziel ist es, einen gemeinsamen EX-IN-Kurs für Sachsen-Anhalt, Sachsen und eventuell Thüringen zu organisieren und anzubieten. Damit wollen wir die Selbsthilfebewegung und das Empowerment von Menschen mit psychischen Erkrankungen stärken.

Nach wie vor unterstützt die DGSP das Schulprojekt Magdeburg, einerseits durch finanzielle Beiträge, andererseits gehen engagierte DGSP-Mitglieder in die Schulen, um praktische Antistigmaarbeit zu leisten.

In der Stadt Halle unterstützt der Landesverband das Psychoseseминаr, das regelmäßig von Psychiatrie-Erfahrenen gemeinsam mit dem Sozialpsychiatrischen Dienst veranstaltet wird, sowie die Herausgabe eines Lyrikbandes einer Psychiatrie-Erfahrenen.

Am 1. Juli 2010 organisierte der Landesverband gemeinsam mit dem Magdeburger Verein ARTist e.V. eine Lesung mit Petra Endres zu ihrem Buch „Wir wollen leben – Suizid in der Familie bewältigen“ im Moritzhof, Magdeburg. Die Zuhörer erlebten eine tolle Veranstaltung zu einem interessanten und schwierigen Thema, das von Frau Endres mit viel Herz und Lebensfreude behandelt wird.

*Für den Vorstand der DGSP im Land Sachsen-Anhalt:*

*Gabriele Haberland*

*Kontakt:*

*Gabriele Haberland*

*Rotdornweg 18*

*39112 Magdeburg*

*Tel.: (0 34 73) 9 29 80*

*E-Mail: [ghaberland@mdlv.paritaet.org](mailto:ghaberland@mdlv.paritaet.org)*

## **DGSP Schleswig-Holstein e.V. (DGSP-SH)**

Die DGSP Schleswig-Holstein hat 2009 vielfältige Aktivitäten gestartet, umgesetzt und vorbereitet.

Auf den Vorstandssitzungen wurde viel über die Veränderung der psychiatrischen Hilfen, insbesondere in der Eingliederungshilfe, diskutiert. Ansonsten haben die Vorstandsmitglieder ihre weiteren Funktionen wahrgenommen, Christel Achberger und Fritz Bremer im Bundesvorstand, René Skischally und Christel Achberger als Koordinatoren für die Fortbildungen und Zusatzausbildungen, Udo Spiegelberg für die Finanzen – er hat bei der ‚Aktion Mensch‘ einen Antrag auf Bezuschussung der EX-IN-Ausbildung gestellt. Hans Cordshagen ist im Vorstand der landesweiten Beschwerdestelle. Die Internetseite wird von Udo Spiegelberg und Marco Sierth gepflegt. Herr Patzig hat das Fortbildungsbüro geführt und Peter Likus das Sekretariat. Im Berichtszeitraum haben wir uns insbesondere mit folgenden Themen auseinandergesetzt:

- **Hilfeplanung im Rahmen der Eingliederungshilfe:** Wir begleiten die unterschiedlichen Ansätze in der Hilfeplanung in den Kreisen und kreisfreien Städten in Schleswig-Holstein, informieren mit unserem „Handbuch Hilfeplanung“ und beziehen mit Stellungnahmen Position.
  - **Inklusion:** Wir werden im Rahmen des Projektes des Landes Schleswig-Holstein aktiv. Mitglieder gestalten Projekte und werten sie aus.
  - **Offene Hilfen:** Die freiwillige Förderung der Begegnungstätten und ambulanten psychiatrischen Dienste wird auf Landes- und kommunaler Ebene infrage gestellt. Wir beteiligen uns an den Protesten und beziehen mit Stellungnahmen Position.
  - **Kürzungen, Entwicklungen in der Eingliederungshilfe, Ökonomisierung der gemeindenahen Psychiatrie:** Wir versuchen, ein organisationsübergreifendes Bündnis gegen die Verschlechterung der Hilfen für psychisch erkrankte Menschen zu bilden. Ein Thesenpapier soll einen gemeinsamen Anstoß geben.
  - **Neuroleptika-Debatte:** Im Rahmen einer Fortbildung hat Dr. Volkmar Aderhold das „Memorandum der DGSP zur Anwendung von Antipsychotika“ vorgestellt. Dieses Thema werden wir weiterverfolgen.
  - **Mit Manfred Zaumseil und Rubina Vock aus Berlin** haben wir vor unserer letzten Mitgliederversammlung im Februar 2009 eine Veranstaltung zum Thema „Mit der Diagnose ‚chronisch psychisch krank‘ ins Pflegeheim“ durchgeführt. Grundlage ist eine Untersuchung in Berlin, die belegt, dass chronisch psychisch kranke Menschen erschreckend wenige Möglichkeiten zur Eingliederung und Rehabilitation haben. Wir werden das Thema weiterverfolgen, denn es betrifft Schleswig-Holstein, weil viele Betroffene in Heimen in Schleswig-Holstein aufgenommen werden.
  - **Christel Achberger und Fritz Bremer** haben an der Vorbereitung der Jahrestagung der Bundes-DGSP mitgewirkt und waren auch als Referenten beteiligt.
- Wir haben unsere Fortbildungsangebote weiterentwickelt (im Fortbildungsbereich sind u.a. Christel Achberger und René Skischally aktiv):
- **SPZA, psychosoziale Rehabilitation und berufliche Rehabilitation:** Die Konzepte der Zusatzausbildungen wurden weiterentwickelt; die neuen Zusatzausbildungen beginnen im November 2010.
  - **Fortbildungsverbund:** Das Fortbildungsprogramm 2010 wird umgesetzt und ein Fortbildungsprogramm für 2011 vorbereitet.

- **Coaching:** Wir bieten niedrigschwellige Coaching-Angebote an.
- **Forschungswerkstatt: Psychiatrie-Erfahrene erforschen die Psychiatrie.** Wir befragen Professionelle in der Psychiatrie zu ihrem Krankheitsverständnis.
- **EX-IN-Kurs:** Im Februar 2010 startete der erste EX-IN-Kurs in Schleswig-Holstein.

*Für den Vorstand der DGSP Schleswig-Holstein:  
Christel Achberger, Hans Cordshagen*

*Kontakt:  
DGSP Schleswig-Holstein  
Muhliusstr. 94  
24103 Kiel  
E-Mail: [h.cordshagen@bruecke-sh.de](mailto:h.cordshagen@bruecke-sh.de)  
Internet: [www.dgsp-sh.de](http://www.dgsp-sh.de)*

## **Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie – Landesverband Thüringen e.V.**

Am 10. September 2009 fand im Rathaussaal von Erfurt die Gründungs- und Mitgliederversammlung des Landesverbands Thüringen mit Satzungserstellung und Abstimmung statt. Als Vorstand wurden gewählt: Dirk Bennewitz, Erfurt, Vorsitzender; Reinhard Strecker, Altenburg, Stellvertreter; Jessica Reichstein, Erfurt, Schatzmeisterin. Im Anschluss gab es einen Fachvortrag von Dr. Dr. Stefan Weinmann unter dem Titel „Erfolgsmythos Psychopharmaka – Warum wir Medikamente in der Psychiatrie neu bewerten müssen“. Im Oktober wurde der Verein eingetragen, ein Konto eröffnet und die Gemeinnützigkeit beantragt sowie eine erste Pressemitteilung herausgegeben. Ende November fand die erste Mitgliederversammlung im Lindenu-Museum in Altenburg statt. Thema war eine Diskussion zur Versorgung in Thüringen sowie die Erstellung eines Arbeitsplans.

Im Januar wurde unter den Mitgliedern über das Selbstverständnis des Landesverbandes gesprochen und beschlossen, einen längeren Klausurtag mit externer Moderation dazu zu organisieren. Dieser fand am 27. März 2010 mit Moderation durch Frau Prof. Mitzscherlich in Erfurt statt. Es zeichneten sich auf Landesebene die Arbeitsschwerpunkte zu vier Themen ab: Wir wollen uns mit dem Thema „Integrierte Versorgung“ auseinandersetzen. Das Menschenbild von Psychiatrie-Erfahrenen und professionellen Helfern wurde diskutiert. Außerdem beschäftigten wir uns mit dem aktuellen Thema individuelle Hilfeplanung sowie der EX-IN- bzw. Betroffenenbeteiligung.

Es bildeten sich drei Arbeitsgruppen, die 2010/2011 an diesen Themen weiter arbeiten möchten. Bei der Vorstandssitzung zur Nachbesprechung des Klausurtages wurde beschlossen, die AGs möglichst schnell einzuberufen. Es wurden offiziell die AG ‚Lotsenmodell/Integrierte Versorgung‘, AG ‚Betroffenenbeteiligung‘ sowie die AG ‚Hilfeplanung‘ benannt.

Darüber hinaus wird eine Mitarbeit im Landespsychiatrie-beirat sowie in der Besuchskommission angestrebt. Angeregt wurde die Planung eines Fachtags zum Thema geschlossene Unterbringung. Beim ‚Stammtisch‘ im Juni wurden die Koordinatoren für die AGs und erste Termine sowie die Planung eines Fachtages zum Thema „Geschlossene Unterbringung in Heimen“ festgelegt. Eine Kooperation mit der LIGA (der freien Wohlfahrtspflege) ist



vorgesprochen und wurde von den Mitgliedern befürwortet. Auch im Sommer 2010 setzten die AGs ihre Treffen fort.

*Für den Vorstand der DGSP Thüringen:  
Jessica Reichstein*

*Kontakt:  
Dirk Bennewitz  
Tungerstr. 9  
99099 Erfurt  
Tel.: (03 61) 65 39 01 12  
E-Mail: dgsp-th@web.de*

## **Westfälische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (WGSP)**

### **Kooperationen**

Die WGSP hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren um die Vernetzung mit anderen Vereinen und Verbänden bemüht. Besonders zu erwähnen ist die enge Zusammenarbeit mit dem Bielefelder Verein der Psychiatrie-Erfahrenen (VPE). Dies drückt sich einerseits in der Finanzierung der gemeinsam genutzten Büroräume und andererseits in verschiedenen inhaltlich gemeinsam angestoßenen Projekten aus, z.B. der Planung eines EX-IN-Kurses in Ostwestfalen.

Darüber hinaus pflegt die WGSP auch die Kooperation mit dem Dachverband Gemeindepsychiatrie und mit der Soltau Initiative. Beide Kontakte sind durch WGSP-Vorstandsmitglieder gesichert.

### **Finanzielle Aktivitäten**

Die der WGSP zur Verfügung stehenden Finanzmittel fließen seit Jahren zum Teil in langfristig angelegte Projekte. Langfristige Finanzierungen sind die gemeinsame Geschäftsstelle mit dem VPE und die Mitfinanzierung der Internetauftritte der WGSP, des VPE und des Trialogs Bielefeld.

An aktuellen finanziellen Maßnahmen wurden in den letzten Jahren neben Zuschüssen, z.B. zum Forschungspreis der DGSP, auch Projekte wie das Filmfestival „Ausnahmestand“ unterstützt.

Geplant ist für Herbst 2011 das Projekt EX-IN nach Westfalen zu holen und ebenfalls personell und finanziell zu fördern. Weitere Anfragen an finanziell potentere Träger sind in Arbeit.

### **Tagungen**

Im April 2009 veranstaltete die WGSP in Kooperation mit anderen Trägern, u.a. Die Grille e.V., eine Tagung zum Thema Kontaktstellen. Diese fand nicht nur in Bielefeld, sondern auch im westfälischen Raum große Resonanz und Anklang. Bemerkenswert ist, dass auch aus dem gesamten Bundesgebiet Teilnehmende kamen; ein Hinweis darauf, dass dieses Thema bzw. diese Form der niedrigschwelligen Unterstützung auf großes fachliches Interesse stößt.

Für Mai 2011 plant die WGSP eine Tagung zum 35-jährigen Jubiläum des Landesverbandes. Neben der Feier soll das Thema (Arbeitstitel) „Gemeindepsychiatrie: Anspruch und Wirklichkeit in Westfalen“ im Mittelpunkt stehen. Erste Referentinnen und Referenten wurden bereits gewonnen.

### **Website**

Die Website der WGSP ([www.wgsp.de](http://www.wgsp.de)) ging 2009 an den Start. Nun steht die Pflege und fortlaufende Aktualisierung auf der Agenda, um das Ziel einer Plattform für Westfalen zu erreichen.

### **Vorstand**

In der Vorstandsarbeit hat sich eine erfreuliche Veränderung ergeben. Dank regelmäßiger Kontakte konnten Kolleginnen aus dem Kreis der Psychiatrie-Erfahrenen aus Dortmund für die Mitarbeit im Vorstand gewonnen werden. Die Vorstandssitzungen finden nun nicht nur in Bielefeld, sondern auch in Dortmund statt.

Neue Mitglieder sind in der WGSP immer willkommen! Interessierte können sich per E-Mail wenden an: [w.bayer@versanet.de](mailto:w.bayer@versanet.de)

*Für den Vorstand der WGSP:  
Wolfgang Bayer*

*Kontakt:  
Christian Zechert  
Karl-Siebold-Weg 67  
33617 Bielefeld  
Tel.: (05 21) 1 44 37 58  
E-Mail: [zechert@versanet.de](mailto:zechert@versanet.de)  
Internet: [www.wgsp.de](http://www.wgsp.de)*



DGSP e.V., Zeltinger Str. 9  
50969 Köln

Telefon: 0221/511002

Fax: 0221/529903

E-Mail: [dgsp@netcologne.de](mailto:dgsp@netcologne.de)

Internet: <http://www.psychiatrie.de/dgsp>